

**Reichsleiter
PHILIPP BOUHLER:
ADOLF HITLER
Das Werden einer Volksbewegung
1943**

*Gegen die Herausgabe dieser Schrift werden seitens der NSDAP keine Bedenken erhoben.
Der Vorsitzende der parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS.-Schrifttums.
Berlin, 18. 5. 1935.*

Vorwort zur zwanzigsten Auflage

Die vorliegende Schrift entstand in der ersten Hälfte des Jahres 1932, also zu einem Zeitpunkte, in dem der Kampf der nationalsozialistischen Bewegung um die Macht in Deutschland noch in voller Heftigkeit tobte. Aus dem Geist und Blickfeld dieser Tage heraus will sie daher verstanden sein.

Zwar habe ich, als im März 1933 die nationalsozialistische Revolution auch das letzte Land im damaligen Reich erfaßt hatte, das Büchlein ergänzt, um der gestellten Aufgabe, die Geschichte des Werdens einer Volksbewegung in kurzen Zügen darzustellen, gerecht zu werden. Mit der Erringung der Macht in Deutschland aber ist der erste Abschnitt der Geschichte des Führers und seiner Bewegung beendet und es beginnt die zweite Phase der historischen Sendung Adolf Hitlers: Die staatsmännische Aufbauarbeit im Innern und das Völkerschicksale gestaltende Wirken von Führer und Idee nach außen.

Eine Darstellung dieser geschichtlichen Ereignisse würde weit über den gesteckten Rahmen hinausgehen und muß daher anderen Arbeiten vorbehalten bleiben. Aus diesem Grunde habe ich bewußt auf eine fortlaufende Erweiterung meiner Schrift verzichtet.

In den hinter uns liegenden neun Jahren durften wir Heutigen Zeugen eines geschichtlichen Geschehens werden, wie es in gleich gedrängter Fülle und ähnlicher umstürzender Wucht zu erleben noch nie einer einzigen Generation vergönnt war. Deutschland hat ein neues Gesicht bekommen. Aus dumpfer Ohnmacht ist es dank des Genies seines Führers zu unvorstellbarer Größe emporgewachsen. Die Ketten seiner Knechtschaft sind zerbrochen. Versunken für immer sind der Parteien Hader, der Geist des Klassenkampfes und die Zwietracht der Stämme. Der Traum vom Großdeutschen Reich ist in Erfüllung gegangen. Es ist erstanden und hat seine Brüder unter seiner starken Hand vereint. Geschlossen und wehrhaft trotz es jeder Gefahr und anmaßenden Einmischung. Wir stehen mitten im gewaltigsten historischen Geschehen innerhalb der Geschichte unseres Volkes, stehen vor einer sinnvollen und dauerhaften Neuordnung Europas, ja der Welt.

Angesichts dieser Tatsachen ist die Kenntnis der Entstehung und Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung, jenes gewaltigen Instruments, mit dem der Führer die Voraussetzungen für sein heutiges Wirken schuf, in eine neue Sphäre des Interesses gerückt. Um aber auch für den heutigen Leser dieses Büchleins, das wiederum seinen Weg in die Öffentlichkeit nimmt, das Bild abzurunden, habe ich eine Zeittafel beigelegt, die in gedrängter Kürze die wichtigsten Ereignisse in der Entwicklungsgeschichte des neuen Reiches von der

nationalsozialistischen Revolution bis zum Ausbruch des großdeutschen Freiheitskampfes verzeichnet.

Berlin, im März 1941.

Phillip Bouhler.

Einleitung

Am 9. November 1918 trat der politische, wirtschaftliche und kulturelle Niedergang der deutschen Nation vor allen Augen sichtbar in Erscheinung. Freilich hatte schon in den vorhergehenden Jahrzehnten das Zusammenwirken von einer Reihe von Faktoren die Grundlage dafür geschaffen, daß an jenem schwärzesten Tage der deutschen Geschichte ein System, das nach dem Ausspruch eines bekannten Kirchenfürsten "auf Verrat und Meineid aufgebaut" war, das Erbe des stolzesten Staatengebildes der Erde antreten konnte.

Die Geltung ideeller Gesichtspunkte war mehr und mehr zugunsten eines wachsenden Einflusses des Geldes gesunken. Eine fortschreitende Überindustrialisierung und Mechanisierung verschlechterte nicht nur die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft, sondern drängte auch das bäuerliche Element mehr und mehr zurück. Sie gefährdete damit die Ernährungsgrundlage unseres Volkes und gab Raum dem Wahngelüste einer Internationalisierung der Wirtschaft. An Stelle des selbständigen Unternehmers trat die Aktiengesellschaft, an Stelle des Gewerbetreibenden das jüdische Warenhaus.

Der Gedanke der westlichen Demokratie negierte den Wert der Persönlichkeit und setzte an ihre Stelle die tote Zahl, die Abstimmung, den Parlamentarismus. Die Idee eines vom Marxismus entstellten Sozialismus spaltete das Volk in zwei Hälften und schuf ein Heer zum Proletariat erniedrigter Millionen, die "kein Vaterland kannten, das Deutschland hieß".

Dem stand ein Bürgertum gegenüber, mit Standes- und Klassendünkel behaftet, aus Grundsatz von einer bornierten Ablehnung gegen berechnete soziale Forderungen der breiten Masse beseelt, das tatenlos zusah wie volksfremde Elemente die Grundlagen seines eigenen Bestandes aushöhlten und durch langsame aber desto sicherere Zersetzung das deutsche Reich aus den Angeln hoben.

Es ist das welthistorische Verdienst der nationalsozialistischen Bewegung, daß sie dem Schicksal in den Arm fiel, daß sie dem Rad der deutschen Geschichte, das erbarmungslos und unabwendbar dem ewigen Abgrund entgegenrollte, in letzter Stunde einen anderen Lauf gab. Ihre Entstehung, besser gesagt ihr Anwachsen zu einem Machtfaktor stellt den entscheidenden Wendepunkt in der Weiterentwicklung Deutschlands dar.

Der Ruf nach Selbstbesinnung des Volkes auf seine rassistischen Werte, nach dem Führerprinzip und nach Geltung der schöpferischen Persönlichkeit, nach nationaler Wirtschaft, nach Ausrottung des Klassenkampfgedankens und Nationalisierung der breiten Massen auf dem Wege über die Beseitigung sozialer Ungerechtigkeiten, allem voran der Ruf nach Vernichtung des Marxismus: all das waren keine Schlagworte und leeren Phrasen, sondern fundamentale Erkenntnisse, die die Voraussetzung für die Möglichkeit eines Wiederaufstiegs Deutschland überhaupt bildeten.

Wie aus dem Boden gestampft erschien die nationalsozialistische Bewegung, die nach dem Weltkrieg noch nicht existierte und schon im Jahre 1932 mit ihren weit über 13 Millionen Anhängern die weitaus stärkste politische Organisation überhaupt darstellte. Nationalsozialistische Bewegung aber und Adolf Hitler sind eins. Ohne ihn wäre sie undenkbar. Er hat sie aus dem Nichts geschaffen und er ist ihr alleiniger Führer.

Mancher sagte damals: Die Nationalsozialisten verdanken ihre Erfolge den schlechten Zeitläufen! Gewiß, zum Teil. Mehr noch, ihr ganzes Dasein. Wäre der Staat in "Schönheit und Würde" gekommen, den gewissenlose Volksbetrüger jahrzehntelang versprochen, niemand hätte ein Interesse daran gehabt, eine Änderung der bestehenden Zustände herbeizuführen. Wenn dies die negative Erklärung der Erfolge Adolf Hitlers und seiner Bewegung darstellt, so müssen sie in positivem Sinne zunächst hergeleitet werden von der Richtigkeit der Idee an sich, die im Gehirn eines geborenen Staatsmannes zur Weltanschauung heranreifte, dann aber von der überwältigenden Rednergabe, mittels deren Adolf Hitler seine intuitiven Erkenntnisse der Masse vermittelt. Es ist aber noch mehr. Seine Persönlichkeit ist es, die ihm die Herzen der deutschen Jugend im Sturme erobert, die jeden seiner Mitarbeiter unlösbar an ihn kettet, jeden, der einmal mit ihm in nähere Berührung kam, der seines Geistes einen Hauch verspürt hat, für alle Zeiten zu einem fanatischen Kämpfer für eine gemeinsame Sache macht.

Wie alle Großen der Geschichte getan haben, verlangt Adolf Hitler von seinen Leuten das Letzte an Hingabe und Leistung. Nach jeder gewonnenen Schlacht ruft er ihnen zu: Der Kampf geht sofort weiter! Und er hat ein Recht dazu, denn er könnte wie Paulus von sich sagen: Ich habe mehr gearbeitet als sie alle! Wenn Friedrich der Große den König als den ersten Diener des Staates bezeichnet hat, so kann man mit Fug Adolf Hitler den ersten Diener der nationalsozialistischen Bewegung nennen. Der Mann, von dem der erste Staatsanwalt im großen Prozeß sagte daß er "sein Privatleben stets rein erhalten hat, was bei den Verlockungen, die an ihn als gefeierten Parteiführer naturgemäß herantraten, besondere Anerkennung verdient", dieser Mann hat heute überhaupt kein Privatleben mehr. Sein persönliches Dasein spielt sich in den einfachsten und bescheidensten Formen ab, er genießt nur mehr fleischlose Kost, ist Antialkoholiker und raucht nicht. Sein ganzes Sein gehört der Bewegung, die er schuf, und der Erreichung des Zieles, das er sich gesteckt hat: der Befreiung des deutschen Vaterlandes.

Biographische Vorgeschichte

Adolf Hitler wurde am 20. April 1889 in Oberösterreich, hart an der bayerischen Grenze, in dem ehemals altbayerischen Städtchen Braunau am Inn geboren, einem Ort, der ihm selbst als das "Symbol einer großen Aufgabe", nämlich der Zusammenfassung aller Deutschen in einem gemeinsamen Staatesgebilde, erscheint. Sein Vater, ein armer Bauernjunge aus dem Waldviertel, hatte sich zum Zollbeamten emporgearbeitet und wünschte nichts sehnlicher als auch seinen Sohn der Beamtenlaufbahn zuzuführen, während dessen ganzes Streben dahin ging, Künstler zu werden.

Doch es sollte anders kommen.

Mit dreizehn Jahren verliert Adolf Hitler den Vater, vier Jahre darauf auch die Mutter, so daß er als Siebzehnjähriger allein in der Welt steht. Er hatte die Volksschule und später die Realschule in Linz besucht, nun aber zwang ihn die Not, sich selbst sein Brot zu verdienen. Er

geht nach Wien mit dem Ziel, Architekt zu werden, muß sich aber den kärglichen Lebensunterhalt als Bauarbeiter, Betonmischer, später als Zeichner und Kunstmaler für Architekturen erwerben. Ganz auf sich selbst gestellt, erfährt er in frühesten Jahren am eigenen Leibe, was Not, Hunger und Entbehrungen sind und weiß, wo den Arbeiter, den "Proleten", mit dem er am Bau in ständiger Fühlung ist, der Schuh drückt. So lernt er früh sozial fühlen. Dabei ist er, seit er denken kann, fanatischer Nationalist. Das Herz blutet ihm über die Unterdrückungen und Demütigungen, denen das Deutschtum unter der Habsburger Monarchie ausgesetzt ist. So wächst vor ihm riesengroß das Problem auf, eine Brücke zwischen Nationalismus und Sozialismus zu schlagen, scheinbare schroffste Gegensätze zu einem harmonischen Ganzen zu verschmelzen.

Er beschäftigte sich von nun an - ohne irgendwie hervorzutreten - eingehend mit politischen Fragen, begeisterte sich für die Persönlichkeiten Schoenerers, des Führers der Alldeutschen Österreichs, und Luegers, des Wiener Bürgermeisters und Gründers der Christlich Sozialen Partei, und studierte endlich vor allem den ganzen Komplex der marxistischen Lehre; und hier nun kam ihm mit plötzlicher Klarheit eine grundlegende Erkenntnis, nämlich daß "nur die Kenntnis des Judentums allein den Schlüssel zum Erfassen der inneren und damit wirklichen Absichten der Sozialdemokratie bietet."

Am Bau war er zum ersten Male mit Sozialdemokraten zusammengekommen und war auch bald, namentlich, nachdem er sich durch gründliches Befassen mit der einschlägigen Literatur eine genaue Kenntnis des marxistischen Programms und der Mittel und Wege zu seiner Verwirklichung verschafft hatte, mit ihnen hart aneinandergeraten. So hatte er sich auch geweigert, in die Organisation einzutreten. Damals sah er noch nicht im Gedanken der Gewerkschaft einen berechtigten Schutz der arbeitenden Schichten vor willkürlichen Übergriffen des Unternehmers, er sah nur, daß die politische Einstellung der Gewerkschaften marxistisch war und identifizierte den Begriff Gewerkschaft überhaupt mit dem Marxismus. Im Marxismus aber sah er schon damals den Zerstörer aller Kultur.

Die Genossen vom Bau drohten, ihn vom Gerüst herunter zu werfen. Sie erzwangen seine Entlassung. In den folgenden Arbeitsstellen war es nicht viel anders. Aber mit der Vertiefung der eigenen Kenntnisse über das Wesen und Wollen des Gegners fühlte Adolf Hitler, wie er in wachsendem Maße auf die anderen Arbeiter Einfluß gewann. Und es wurde ihm klar, daß der deutsche Arbeiter nicht an sich schlecht, nicht an sich antinational war, sondern ein Opfer gewissenloser Verhetzung. Und weiter wurde ihm klar, daß ein Weg gefunden werden müsse, diese Millionen irregeleiteter Deutscher von ihrem Irrwahn zu befreien und ihrem Volkstum zurückzugewinnen.

Nach der wenngleich bitteren, so doch vortrefflichen Schule der Wiener Notjahre trieb Adolf Hitler die Sehnsucht, als Deutscher in deutschem Lande zu leben, frei von jeder Unterdrückung, wie sie das Deutschtum im Völkerbrot der Habsburger Monarchie zu erleiden hatte, nach München. Das war am 24. April 1912. München war damals zudem noch ein Mittelpunkt des künstlerischen und kulturellen Lebens in Deutschland, und Adolf Hitler, der hoffte, sich dereinst einmal einen Namen als Baumeister zu machen, warf sich mit aller Kraft auf das Studium der Architektur, während er gezwungen war, sich das tägliche Brot durch Plakatmalen zu verdienen. Im Übrigen hatte er in den ganzen letzten Jahren jede freie Minute darauf verwendet, sich selbst heranzubilden. Er las und studierte, namentlich Geschichte, schon in der Schule sein Lieblingsfach, in dem er alle Mitschüler weit hinter sich ließ. Endlich sparte er sich die Groschen buchstäblich vom Munde ab, um sich den Besuch des Theaters zu ermöglichen und besonders seiner Leidenschaft für Richard Wagners Musik, in dem er einen deutschen Künstler und Reformator ganz großen Stiles verehrte, zu frönen.

Damals schuf er sich den Grundstock zu jenem umfassenden Wissen, das heute jeden überrascht, der mit ihm ins Gespräch kommt. So kam der 2. August 1914 heran, der Tag, an dem aus der gewitterschwülen Atmosphäre des politischen Horizontes der Blitz fuhr, der die Welt entzünden sollte. Ein heiliges Feuer ergriff das ganze Volk. Auf den alles mit fortireifenden Wogen der Begeisterung wurde die deutsche Jugend in die Freiwilligenregimenter und Ersatzbataillone getragen. Daß sich Adolf Hitler, der sich von Anbeginn an nur als Deutscher gefühlt hatte, sofort als Kriegsfreiwilliger in ein bayerisches Regiment meldete, war für ihn selbstverständlich. Er konnte dies um so leichter tun, als er im Februar des gleichen Jahres bei einer Nachstellung endgültig vom österreichischen Heeresdienst befreit worden war. Sein Immediatgesuch an König Ludwig III. von Bayern wurde genehmigt, und er rückte beim 16. bayr. Res.-Inf.-Rgt. ein, das am 10. Oktober ins Feld abmarschierte und das als das "Listregiment" für alle Zeiten in den Annalen des Weltkrieges fortleben wird.

Es war wie eine Schicksalsfügung, daß Adolf Hitler - und noch dazu im Kriege - Dienst tun konnte im alten deutschen Heere, jener Organisation, die damals schon in vorbildlicher Weise verkörperte, was als das Ziel für die ganze deutsche Nation vor seinem geistigen Auge stand: die Volksgemeinschaft.

Adolf Hitler war Soldat mit Leib und Seele. Die Feuertaufe erhielt er in Flandern, wo mit seinem Regiment die Blüte der deutschen Jugend, das Deutschlandlied auf den Lippen, in den Tod ging. Beim Sturm auf den Bayernwald und bei den übrigen Kämpfen um Wytschaete zeichnete er sich durch hervorragende Tapferkeit aus, so daß ihm schon am 2. Dezember 1914 das Eiserne Kreuz 2. Klasse verliehen wurde. Nun wurde er Meldegänger, ein Posten, auf den nur die ausgesuchtesten Soldaten gestellt wurden, weil er auflergewöhnliche Zuverlässigkeit und Kaltblütigkeit erfordert. Er erfüllte seine Pflicht bis zum letzten, ja, mehr als das. Mehr als einmal hat er Familienvätern schwierige und gefährvolle Meldegänge abgenommen. Seine Vorgesetzten und seine Kameraden, gleichgültig, welcher politischen Richtung sie angehören, heben ausnahmslos sein mustergültiges Verhalten, seinen Mut und seine treue Kameradschaft rühmend hervor.

Am 6. Oktober 1916 erhielt Adolf Hitler eine Oberschenkelverwundung durch Granatsplitter, meldete sich jedoch kurz nach seiner Rückkehr aus dem Lazarett im März 1917 wiederum freiwillig an die Front. Neben anderen Auszeichnungen erhielt er ein Regimentsdiplom für hervorragende Tapferkeit in den Kämpfen bei Fontaines und endlich anläßlich der großen Offensive des Jahres 1918, bei der ihm auf einem Meldegang die Gefangenahme eines französischen Offiziers mit etwa 15 Mann gelang, das E.K. 1.

In der Nacht vom 13. zum 14. Oktober 1918 geriet seine Truppe an der Südfront von Yperen in ein englisches Trommelfeuer, bei dem zum ersten Male vom Gegner Gelbkreuzgas verwendet wurde. Es gab schwere Verluste. Auch Adolf Hitler wurde plötzlich von einem quälenden, brennenden Schmerz erfaßt, der sich immer mehr steigerte. Er schleppte sich noch ans Ziel, überbrachte seine Meldung - seine letzte im Kriege - dann muflte er erblindet ins Lazarett eingeliefert werden. -

Während das deutsche Heer an allen Fronten noch den Verzweiflungskampf um den Bestand Deutschlands führte, hatte im Innern die Zersetzung immer weiter um sich gegriffen und war allmählich auch auf die Front übergegangen, wo sie immer bedenklichere Formen annahm. Vaterlandslose Gesellen waren an der Arbeit, das deutsche Volk um die Früchte seiner Siege und aller seiner Opfer zu betrügen. Der Umsturz warf seine drohenden Schatten voraus.

Die Kieler Matrosenrevolte bildete den Auftakt. Und mit dem 9. November war der Tag gekommen, an dem alles zusammenzubrechen schien. Nicht nur die monarchische Verfassung Deutschlands, nicht nur das mächtige Reich Wilhelms II., nein alles, Vaterland, Glaube, Ordnung, Zucht.

Adolf Hitler erhielt die niederschmetternde Nachricht im Lazarett zu Pasewalk in Pommern. Die furchtbaren Schmerzen hatten langsam nachgelassen, er hatte wieder zu sehen begonnen und konnte auf Wiedergewinnung des Augenlichtes hoffen. Die Ereignisse wühlten ihn innerlich auf, über die Eindrücke, die damals auf ihn einstürmten, schrieb er später: "Es war also alles umsonst gewesen. Umsonst all die Opfer und Entbehrungen, umsonst der Hunger und Durst von manchmal endlosen Monaten, vergeblich die Stunden, in denen wir, von Todesangst umkrallt, dennoch unsere Pflicht taten, und vergeblich der Tod von zwei Millionen, die dabei starben. Mußten sich nicht die Gräber all der Hunderttausende öffnen, die im Glauben an das Vaterland einst hinausgezogen waren, um niemals wiederzukehren? Mußten sie sich nicht öffnen und die stummen, schlamm- und blutbedeckten Helden als Rachegeister in die Heimat senden, die sie um das höchste Opfer, das auf dieser Welt der Mann seinem Volke zu bringen vermag, so hohnvoll betrogen hatte? Waren sie dafür gestorben, die Soldaten des August und September 1914, zogen dafür die Freiwilligenregimenter im Herbst desselben Jahres den alten Kameraden nach? Sanken dafür diese Knaben von siebzehn Jahren in die flandrische Erde? War dies der Sinn des Opfers, das die deutsche Mutter dem Vaterlande darbrachte, als sie mit wehem Herzen die liebsten Jungen damals ziehen ließ, um sie niemals wiederzusehen? Geschah dies alles dafür, daß nun ein Haufen elender Verbrecher die Hand an das Vaterland zu legen vermochte?"

Jetzt wuchs in Adolf Hitler ein unbändiger Haß auf gegen die Urheber dieser Tat, und zugleich wurde ihm wie eine Offenbarung die Aufgabe klar, zu der ihn das Schicksal berufen hatte. An diesem Tage beschloß Adolf Hitler, Politiker zu werden.

Die Anfänge der Bewegung

Im Sommer 1919 hatten es in München sechs Männer unternommen, eine neue Partei zu gründen, die sie "Deutsche Arbeiterpartei" nannten. Es schwebte ihnen, wenn auch noch unklar und verschwommen, der Gedanke vor, den marxistischen Arbeiterparteien eine nationale gegenüberzustellen. Sie waren zweifellos von der besten Absicht beseelt, aber bei dem Fehlen jeglicher Mittel und vor allem ohne einen führenden Kopf waren sie außerstande, ihr Wollen zu verwirklichen. Die Geschichte wäre über diesen Sechsmännerverein hinweggegangen, ohne von ihm überhaupt Notiz zu nehmen, wenn ihm nicht das Schicksal in Gestalt seines siebenten Mitgliedes den Führer geschenkt hätte.

Ende November 1918 war Adolf Hitler wieder zu seinem Ersatzbataillon gelangt, aber, da ihm die Soldatenratswirtschaft in der Seele zuwider war, bald nach Traunstein gegangen, wo er bis zur Auflösung des Lagers blieb. Kurz nach seiner abermaligen Rückkehr nach München war die Räteherrschaft ausgebrochen. Am 27. April wollte der Zentralrat Adolf Hitler verhaften lassen, weil ihn sein Verhalten "gegenrevolutionärer Bestrebungen" hinreichend verdächtig gemacht hatte. Seine Energie und sein Karabiner veranlaßten aber die Rotgardisten, unverrichteter Dinge abzuziehen.

Kurz nach dem 1. Mai wurde der Gefreite Adolf Hitler zur Untersuchungskommission über die Revolutionsvorgänge beim 2. Inf-Rgt. kommandiert. Diese Stellung bedeutet praktisch

den Beginn der politischen Tätigkeit Adolf Hitlers.

Es wurden Kurse abgehalten, um die Angehörigen der Wehrmacht zu staatsbürgerlichem Denken zu erziehen. Dort war es, daß sich Adolf Hitler die erste Gelegenheit, in einer Debatte das Wort zu ergreifen, bot, und die Art, wie er dabei auftrat, war wiederum die Veranlassung, daß er einige Tage darauf als sogenannter "Bildungsoffizier" zu einem der damaligen Münchner Regimenter abgestellt wurde. Im Gedankenaustausch mit nationalen Politikern bekam er eine Reihe befruchtender Eindrücke.

Eines Tages nun wurde Adolf Hitler von seiner vorgesetzten Dienststelle beauftragt, sich über die noch gänzlich unbekannte "Deutsche Arbeiterpartei" zu informieren, und er nahm daher an einer Versammlung dieses Vereins im Leiberzimmer des ehemaligen Sterneckerbräus teil, bei der etwa zwanzig Personen anwesend waren. Am Schlusse zwangen ihn die Ausführungen eines Separatisten zur Erwiderung, die einen sichtlichen Eindruck auf die Zuhörer machte. So bekam er Fühlung mit der neuen Partei und wurde gebeten, ihr als Mitglied beizutreten. Adolf Hitler, der selbst schon seit geraumer Zeit die Gründung einer sozialrevolutionären Partei beabsichtigt hatte, folgte nach langem inneren Kampfe der Aufforderung, weil er in diesem Verein, der weder ein Programm noch sonst etwas besaß, eine wenn auch noch so winzige Grundlage für ein Arbeiten und für die Verwirklichung seiner eigenen Gedanken und Pläne sah. Die größte Schwierigkeit lag naturgemäß zunächst darin, das junge Gebilde aus der völligen Nichtbeachtung und Bedeutungslosigkeit herauszureißen und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf zu lenken. Das ging langsam genug. Während die erste Versammlung lediglich aus den 7 Mitgliedern bestand, fanden sich bei den kommenden, auf Grund einer mit den dürftigsten Mitteln betriebenen Propaganda, 11, 13, 17, 23, 34 und endlich 111 Personen ein. Von jetzt an sprach auch Adolf Hitler in diesen Versammlungen, und er wurde sich seiner Rednergabe erst so recht bewußt. Er setzte es im Ausschuß durch, daß ihm die Leitung der Propaganda übertragen wurde. Am 24. Februar 1920 konnte er endlich im Festsaal des Hofbräuhauses die erste Massenversammlung abhalten, bei der er das Programm der "Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei" entwickelte. Um dem Volke das Wollen und das Wesen der Partei klarzumachen, wurden ihre Ziele in großen Zügen in 25 Thesen im "Auszug aus dem Programm der NSDAP." zusammengefaßt, der folgenden Wortlaut hat: "Das Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist ein Zeitprogramm. Die Führer lehnen es ab, nach Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele neue aufzustellen, nur zu dem Zweck, um durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit der Massen das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen.

1. Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.
2. Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.
3. Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.
4. Staatsbürger kann nur sein wer Volksgenosse ist, Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.
5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremden gesetzgebung stehen.

6. Das Recht, über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob in Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf. Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten, ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeiten.

7. Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nichtstaatsbürger) auszuweisen.

8. Jede weitere Einwanderung Nichtdeutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nichtdeutschen, die seit 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.

9. Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen.

10. Erste Pflicht jeden Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des Einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen.

Daher fordern wir:

11. Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens. Brechung der Zinsknechtschaft.

12. Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.

13. Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe.

14. Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.

15. Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung.

16. Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Großwarenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder und Gemeinden.

17. Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.

18. Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.

19. Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltanschauung dienende römische

Recht durch ein deutsches Gemeinrecht.

20. Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellungen zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen. Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. Das Erfassen des Staatsgedankens muß bereits mit dem Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erzielt werden. Wir fordern die Ausbildung geistig besonders veranlagter Kinder armer Eltern, ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf, auf Staatskosten.

21. Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes, durch Verbot der Jugendarbeit, durch Herbeiführung der körperlichen Ertüchtigung mittels gesetzlicher Festlegung einer Turn- und Sportpflicht, durch größte Unterstützung aller sich mit körperlicher Jugendausbildung beschäftigenden Vereine.

22. Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.

23. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, daß

a) sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen;

b) nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden:

c) jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nichtdeutsche gesetzlich verboten wird und fordern als Strafe für Übertretungen die Schließung einer solchen Zeitung sowie die sofortige, Ausweisung der daran beteiligten Nichtdeutschen aus dem Reiche.

Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstößen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literatur-Richtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt, und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderungen verstößen.

24. Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staate, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstößen. Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage:

Gemeinnutz vor Eigennutz.

25. Zur Durchführung alles dessen fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen.

Die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reiche erlassenen

Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten.

Die Führer der Partei versprechen, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens, für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten.

Anmerkung: Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programms der NSDAP von Seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig:

Da die NSDAP auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus "Unentgeltliche Enteignung" nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohles verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundstücksspekulations-Gesellschaften.

München, den 13. April 1928.

gez. Adolf Hitler."

Ein Störungsversuch der Kommunisten bei jener Versammlung wurde von einer Handvoll alter Kriegskameraden Adolf Hitlers, die den Saalschutz bildeten, unterdrückt. Adolf Hitlers Auffassung, daß man dem Terror der Marxisten nicht nur mit "geistigen Waffen", sondern, wenn notwendig, mit Brachialgewalt begegnen müsse, hat sich hier zum ersten Male bewährt.

Von nun an erschienen mindestens wöchentlich einmal an allen Litfaßsäulen Münchens jene großen roten Plakate, die zum Besuch einer Massenversammlung der NSDAP aufforderten und in denen "Pg. Adolf Hitler" als Redner angekündigt wurde. Die Plakate, die am Schluß den Vermerk trugen "Juden ist der Zutritt verboten", waren von Hitler selbst außerordentlich wirkungsvoll abgefaßt und nahmen zu allen wichtigen politischen Ereignissen und Tagesfragen Stellung.

Im Dezember 1920 erwarb die Partei den "Völkischen Beobachter" und besaß in ihm nunmehr ein eigenes Organ, das zunächst wöchentlich zweimal, dann, Anfang 1923, als Tageszeitung und seit Ende August desselben Jahres in seinem heutigen großen Format erschien.

In jene Zeit fällt auch das Bekanntwerden Adolf Hitlers mit Dietrich Eckart, dem Dichter des "Lorenzaccio" und der "Familienväter", der auch durch seine Nachdichtung des Ibsenschen "Peer Gynt" Berühmtheit erlangte. Dieser echt deutsche Mann gab in den kritischen Tagen der Jahre 1919/20 die Wochenschrift "Auf gut Deutsch" heraus, in der er rücksichtslos die jüdisch-bolschewistische Gefahr aufzeigte, und schrieb später im "Beobachter" seine gefürchteten Leitartikel. In seinem von Cransser komponierten Liede "Deutschland erwache!" hat er der Bewegung ein Kampflied von ewigem Wert geschenkt. Zu früh ist dieser aufrechte nationalsozialistische Vorkämpfer von dem Schauplatz seines Wirkens in eine andere abberufen worden. Am 26. Dezember 1923 starb er, ein Opfer einer unschuldig erlittenen Haft, deren Strapazen seine angegriffene Gesundheit nicht mehr gewachsen war, in der Festung Landsberg.

Adolf Hitler war noch nicht der Vorsitzende der Partei, in Wahrheit aber schon ihr Führer. Versuche, ihn durch Intrigen auszuschalten, führten Ende Juli 1921 dazu, daß ihm durch die Generalmitgliederversammlung die gesamte Leitung der Partei mit besonderen, durch neue

Satzung festgelegten Vollmachten übertragen wurde.

Nun konnte Adolf Hitler an die Reorganisation der Partei gehen, die sich bisher noch auf parlamentarischen Gedankengängen aufbaute, und er erbrachte dabei den Beweis, daß er nicht nur der Redner und haarscharfe Dialektiker, sondern auch der unübertreffliche Organisator war. Für den weiteren Ausbau der Organisation war der Grundgedanke maßgebend, daß erst an einem Platze eine starke Machtposition geschaffen werden müsse, ehe man daran ging, die Organisation auch anderwärts zu verankern. Die Partei mußte sich organisch entwickeln. Demgemäß beschränkte Adolf Hitler lange Zeit seine Tätigkeit ausschließlich auf München, ehe er die Gründung anderer Ortsgruppen in die Hand nahm. Die ersten auswärtigen Ortsgruppen waren Rosenheim und Landshut.

Die Ausschlußwirtschaft mit ihrer Beschluffassung und Abstimmung wurde beseitigt und durch das Prinzip der Verantwortlichkeit ersetzt. Seit jener Zeit ist der Vorsitzende der Partei ihr alleiniger gesetzlicher Vertreter und verantwortlich für die gesamte Leitung der Partei. Er bestimmt seine Mitarbeiter, die wiederum nur ihm verantwortlich, im übrigen aber im Rahmen der ihnen zugeteilten Aufgaben völlig selbständig, sind. Mit der Führung der Geschäfte betraute Adolf Hitler einen früheren Feldzugskameraden, Max Amann, der mit eisernem Besen alle Mifflstände auskehrte, die sich bei der geschäftlichen Leitung der Partei und der Zeitung eingeschlichen hatten.

Zur gleichen Zeit wurde auch der Grund gelegt für die spätere SA, die zunächst reine Ordnertruppe, seit dem 4. November 1921 den Namen "Sturmabteilung" erhielt. An diesem Tage waren die Roten in Massen im Hofbräuhausfestsaal erschienen, um durch gewaltsame Sprengung dieser Versammlung der NSDAP die junge Bewegung ein für alle Male zu erledigen. Sie sollten sich in ihrer Absicht bitter enttäuscht sehen. Im Saal entbrannte eine wilde Schlacht, in deren Verlauf die wackere Ordnertruppe die vielfach überlegenen marxistischen Provokateure mit blutigen Köpfen heimschickte. Die Nationalsozialisten waren Herren der Lage geblieben. Sie hatten sich durchgesetzt und keine Macht der Welt sollte sie mehr beseitigen.

Schon kurz vorher war Adolf Hitler das Wagnis eingegangen, eine Versammlung im Zirkusgebäude auf dem Marsfelde abzuhalten. Es war ein überraschender Erfolg geworden, der sich bei allen weiteren Kundgebungen steigerte. Sein Geheimnis war, daß Adolf Hitler mit seinen Prophezeiungen immer wieder recht behielt. Ob es sich um die verheerenden Auswirkungen der Friedensverträge oder um die Verschacherung der Reichsbahn, um die Wegnahme Oberschlesiens oder um die Besetzung der Rheinlande handelte, immer trafen die Katastrophen ein, wie sie Adolf Hitler vorausgesagt hatte.

Die Sturmabteilung, deren Hauptzweck der Schutz der Bewegung war, war inzwischen zu einer solch beachtlichen Macht herangewachsen, daß auch Aufmärsche und Veranstaltungen unter freiem Himmel abgehalten werden konnten. Im Spätsommer 1922 beteiligte sich die NSDAP an einer Riesenkundgebung aller vaterländischen Verbände auf dem Königsplatz. "Wir haben dem Marxismus beizubringen, daß der künftige Herr der Strafe der Nationalsozialismus ist, genau wie er einst der Herr des Staates sein wird." Dieses Wort Adolf Hitlers wurde zum ersten Male in die Tat umgesetzt anläßlich des deutschen Tages in Coburg. An der Spitze von 800 Münchner SA-Männern zog Adolf Hitler mit klingendem Spiel und mit wehenden Parteifahnen am 14. Oktober 1922 durch diese rote Hochburg und räumte dort ein für alle Mal rücksichtslos mit dem Terror der roten Meute auf. Im folgenden Jahr wurde in einer Reihe weiterer bayrischer Städte zum Teil nach blutigen Straßenkämpfen die marxistische Vorherrschaft gebrochen.

Am 28. Januar 1923 fand in München der 1. Parteitag der NSDAP statt, anlässlich dessen Adolf Hitler auf dem Marsfelde seiner SA die ersten der von ihm selbst entworfenen Standarten verlieh. Bald darauf erhielt die Sturmabteilung in Fliegerhauptmann a. D. Göring, dem früheren Führer der "Kampfstaffel Richthofen", ihren Kommandeur. Er organisierte ihren weiteren Ausbau, in dessen Verlauf sich eine engere Fühlungnahme mit General Ludendorff ergab.

Am 1. Mai 1923 stand die gesamte SA mit Truppen der vaterländischen Verbände bewaffnet auf dem Oberwiesenfeld auf der Wacht und verhinderte damit eine rote Aktion.

Vorübergehende Arbeitsgemeinschaften mit anderen vaterländischen Verbänden waren stets nur von kurzer Dauer. Es zeigte sich auch hier die Richtigkeit des Wortes daß „der Starke am mächtigsten allein ist“. Allein mußte die nationalsozialistische Bewegung ihren Weg gehen. So setzte sie sich gegenüber den anderen völkischen Gruppen und Verbänden mehr und mehr durch. Der Führer der Deutschsozialistischen Partei hatte sich schon längst Adolf Hitler unterstellt und kämpfte fortan unter seinen Fahnen.

Auch der planvoll unternommene Versuch, die NSDAP in eine "Einheitsfront von rechts bis links" hineinzuzwängen, scheiterte an dem unbeugsamen Willen Adolf Hitlers, der genau wußte, daß eine Verständigung mit den "Novemberverbrechern" sinnlos und unmöglich war.

Die Aktion

Die Opfer des passiven Widerstandes an der Ruhr, dessen Träger nicht zuletzt Nationalsozialisten waren, in dessen Verlauf der Nationalsozialist Leo Schlageter durch Franzosenhand den Heldentod fand, waren vergebens. Die Regierung ließ ihre Kämpfer im Stich und setzte ihre schwächliche Politik der Unterwerfung fort. Am 2. September 1923 fand in Nürnberg der erste große Deutsche Tag statt mit Vorbeimärschen vaterländischer Bünde, die vom Publikum begeistert aufgenommen wurden. An diesem Tage schlossen sich NSDAP, Bund Oberland und Reichsflagge unter der politischen Führung Adolf Hitlers zum "Deutschen Kampfbund" zusammen, in dessen erster Kundgebung es u. a. hieß. "Revolution und Versailles stehen miteinander in untrennbarem, ursächlichem Zusammenhang.... Wir wollen Befreiung unseres Vaterlandes aus Knechtschaft und Schmach.... Die Freiheit muß erkämpft werden durch die nationale Selbsthilfe des Volkes. Der in Weimar errichtete neudeutsche Staat kann nicht Träger der deutschen Freiheitsbewegung sein."

Die Antwort der bayrischen Regierung auf die Gründung des Deutschen Kampfbundes war die am 26. September erfolgte Einsetzung des Herrn von Kahr zum Generalstaatskommissar in Bayern.

Ein Konflikt zwischen Bayern und dem Reich, in dessen Mittelpunkt der bayrische Reichswehrkommandeur, General von Lossow stand, spitzte sich immer mehr zu. Daneben mehrten sich die Anzeichen, die auf separatistische Bestrebungen in Bayern hinwiesen. Die Inflation erreichte phantastische Ziffern. Die Ereignisse trieben einer Katastrophe entgegen. Eine Tat mußte geschehen.

Wochenlange Besprechungen waren ihr vorausgegangen, aus denen Adolf Hitler den Eindruck gewonnen hatte, daß die damaligen Inhaber der Macht in Bayern, nämlich Kahr,

Lossow und der Kommandeur der Landespolizei von Seifler den Staatsstreich wollten und .mitmachen würden, daß sie aber den Absprung selbst nicht finden könnten.

Am 4. November wurde der Gefallenen des Weltkrieges gedacht und der Grundstein zum Denkmal vor dem Armeemuseum gelegt. Reichswehr, Landespolizei und die Wehrverbände waren versammelt. Nach der Feier marschierten die Truppen des Kampfbundes vor ihren Führern und vor dem bayerischen Kronprinzen vorbei. Die Atmosphäre war elektrisch geladen, es hätte nur eines Fünkchens bedurft, und all das, was sich durch wirtschaftliche Not und politische Spannung an Zorn und Erbitterung in den Herzen dieser Menschen angesammelt hatte, wäre zur Entladung gekommen. Aber der Tag verging, ohne daß sich etwas ereignet hätte. Es war die Stille vor dem Sturm.

Am fünften Jahrestage des Ausbruchs der Revolution fand auf Anregung von Kommerzienrat Zentz im Münchener Bürgerbräukeller eine Versammlung statt, in der Kahr vor Kreisen, der vaterländischen Verbände das Programm seiner zukünftigen Politik entwickeln sollte.

Um 9.45 Uhr erschien Adolf Hitler an der Spitze seiner Sturmtruppen, erklärte die Reichsregierung für abgesetzt und rief die deutsche Nationalregierung aus. Anfängliche ablehnende Haltung der Versammlung, die die Aktion als gegen Kahr gerichtet auffaßte, verwandelte sich nach einer zündenden Rede Adolf Hitlers in tosende Zustimmung. Kahr, Lossow und Seifler stellten sich auf den Boden der neuen Regierung und übernahmen die ihnen angetragenen Ämter. General Ludendorff wurde im Auto herbeigeholt.

Gegen Morgen verdichteten sich die Gerüchte, wonach Kahr, Lossow und Seifler von der neuen Nationalregierung abgefallen seien. Tatsächlich waren sie die Gefangenen der Lossow vertretenden Reichswehrgeneräle, die aus eigenem Ermessen großen Alarm für die Reichswehr und die Polizeitruppen angeordnet hatten.

Nun entschloß sich Adolf Hitler zu einem äußersten Schritt. Vom Bürgerbräukeller setzte er am Vormittag des 9. November seine Leute nach der Stadt zu in Marsch er selbst marschierte mit Ludendorff und anderen völkischen Führern an der Spitze. Der Zug bewegte sich mit fliegenden Fahnen zum Marienplatz und weiter zum Odeonsplatz. Das ganze nationaldenkende München war auf den Beinen und befand sich in einem Taumel der Begeisterung. Vom Rathause wehte die Hakenkreuzfahne. Es war ein Jubel, ein Singen ohne Ende. In der Residenzstraße stauten sich die Menschenmassen. Bei der Feldherrnhalle riegelte Landespolizei die Straße ab. Der Zug marschierte weiter.

Und das Unglaubliche geschah: Die Truppen schossen auf den Zug der deutschen Freiheitsbewegung, an dessen Spitze Adolf Hitler und der Generalquartiermeister des Weltkrieges marschierten. Ein Blutbad entstand. Sechzehn Freiheitskämpfer fanden hier den Heldentod, zwei weitere im Hofe des Wehrkreiskommandos, das von der Reichskriegsflagge besetzt war. Viele Verwundete wälzten sich in ihrem Blute. Adolf Hitler hatte beim Niederschlagen auf das Pflaster eine Verletzung des Armes davongetragen. Die Aktion war gescheitert.

Widerstand gegen die Machtmittel des Staates war nie beabsichtigt und wäre sinnlos gewesen. Aber dieses Letzte mußte versucht werden, um durch diesen Zug, der sich unter dem Jubel der Massen durch Münchens Straßen bewegt hatte, die Stimmung herumzureißen. Das Schicksal hatte es anders gewollt.

Adolf Hitler begab sich in einem Auto ins bayrische Oberland und wurde nach wenigen

Tagen in der Villa von Freunden in Uffing verhaftet und nach der Festung Landsberg am Lech verbracht. Viele seiner Kameraden und Mitarbeiter folgten nach. Die Truppen des Kampfbundes wurden entwaffnet. Mitglieder der Regierung und des Stadtrates, die von den Sturmtruppen als Geiseln in Haft genommen worden waren, hatte man wieder freigegeben.

Noch am 9. November erließ der Generalstaatskommissar eine Verfügung, wonach die NSDAP als aufgelöst galt und wonach jede weitere Betätigung für die aufgelöste Organisation mit schwersten Strafen bedroht wurde. Am nächsten Tage erschienen die Lastautos der Landespolizei vor der Geschäftsstelle der Partei in der Corneliusstraße und räumten sie aus, ohne allerdings, worauf die Behörden den meisten Wert gelegt hätten, die Kartei noch vorzufinden.

München blieb einem Heerlager. Der Bevölkerung bemächtigte sich eine ungeheure Erregung. Riesige Demonstrationzüge wurden von der berittenen Polizei auseinandergeknüpelt. Kahr saß, hinter Stacheldraht verschanzt, im Gebäude der Regierung von Oberbayern und "liquidierte" die unbequeme Bewegung. Da der Staat das gesamte Vermögen der verbotenen NSDAP beschlagnahmt hatte, bestand keine Möglichkeit, die noch offenstehenden Rechnungen von Geschäftsleuten zu begleichen. Diesen blieb nichts übrig, als sich an den bayerischen Staat zu wenden, der sie, wenn auch nur teilweise, befriedigte.

Der Versuch, eine Wendung des unheilvollen Schicksals herbeizuführen, das seit fünf Jahren über Deutschland lastete, hatte nicht zum Ziel geführt. Das System des 9. November 1918 blieb im Sattel, zum Schaden des gesamten Volkes. Aber gleichwohl ist das Unternehmen Adolf Hitlers und seiner Freunde nicht mißlungen. "Es wäre mißlungen", rief Adolf Hitler in seinem Schlußwort vor dem Volksgericht aus, "wenn eine Mutter gekommen wäre und gesagt hätte: Herr Hitler, Sie haben auch mein Kind auf dem Gewissen. Aber, das darf ich versichern, es ist keine Mutter gekommen." Und weiter sagte er: "Das ist das sichtbare Zeichen des Gelingens des 8. November, daß in seiner Folge die Jugend sich wie eine Sturmflut erhebt und sich zusammenschließt. Das ist der größte Gewinn des 8. November, daß er nicht zur Depression geführt hat, sondern dazu beitrug, das Volk aufs höchste zu begeistern!"

Krisenzeit

Wenn im Augenblick auch von einer Depression nichts zu spüren war, so standen der Bewegung dennoch die kritischsten Jahre noch bevor.

Das Jahr 1924 stand im Zeichen zweier gegensätzlicher Erscheinungen: Zunächst war ein unerhörter Aufschwung infolge der Aktion an sich und anläßlich des großen Prozesses festzustellen, der der nationalsozialistischen Weltanschauung in der breitesten Öffentlichkeit namentlich Norddeutschlands, das bisher noch kaum erfaßt war, Boden gewann. Dann aber trat infolge des Fehlens des Führers und der dadurch bedingten inneren Zwistigkeiten eine rückläufige Bewegung ein. Am 26. Februar begann im Gebäude der ehemaligen Kriegsschule zu München vor dem Volksgericht der Prozeß gegen "Hitler und Genossen". Er dauerte bis zum 1. April und endete mit einer Verurteilung Adolf Hitlers zu 5 Jahren Festungshaft, wobei ihm nach Verbüßung eines weiteren Strafteils von 6 Monaten Festungshaft Bewährungsfrist in Aussicht gestellt wurde. Eine Reihe anderer Persönlichkeiten wurden zu mehr oder minder großen Festungsstrafen verurteilt. Selbst der erste Staatsanwalt mußte in seinem Plädoyer

Adolf Hitlers "ehrliches Streben, in einem unterdrückten und entwaffneten Volke wieder den Glauben an die deutsche Sache zu erwecken", als ein "Verdienst unter allen Umständen" bezeichnen. Er nennt ihn "einen hochbegabten Mann, der aus einfachen Verhältnissen heraus sich eine angesehene Stellung im öffentlichen Leben errungen, sich den Ideen, die ihn erfüllten, bis zur Selbstaufopferung hingegeben und als Soldat in höchstem Maße seine Pflicht getan hat". Er bescheinigt ihm weiterhin ausdrücklich die Lauterkeit seines Wollens und seiner Gesinnung.

Gar mancher, der vorher nicht laut genug vom "Marsch nach Berlin" hatte trompeten können, war auf einmal vor den Schranken des Gerichts ganz legal und kleinlaut geworden und hatte sich diesen Marsch nie anders als geistig und symbolisch gedacht. Adolf Hitler aber zeigte sich als der Führer. Er übernahm für alles, was geschehen war, die volle Verantwortung und entlastete alle seine Mitarbeiter und Kameraden in jeder erdenklichen Weise. In seiner glänzenden Verteidigungsrede klagt er Ebert und Scheidemann des Landesverrates an, weil sie den Zusammenbruch des deutschen Volkes verschuldet haben. Die Vernichtung des Marxismus bezeichnet er als sein Ziel, zugleich aber als die Voraussetzung für die Befreiung Deutschlands. Zum Schlusse gibt er der stolzen Hoffnung Ausdruck, daß die von ihm erschaffene Armee wachsen und dereinst die alte Kokarde aus dem Schmutze herausholen werde. "Nicht Sie, meine Herren", schloß Adolf Hitler, "sprechen das Urteil über uns, das Urteil spricht das ewige Gericht der Geschichte".

Den ganzen Tag über hatten starke Aufgebote der Landespolizei und berittene Schutzleute die Straßen und Plätze um das Gerichtsgebäude besetzt gehalten. Wiederholt wurden die Straßen, die schwarz von Menschen waren, geräumt.

Durch den Prozeß war Adolf Hitlers Name mit einem Schlage weit über Bayern hinaus bekannt geworden. Denn er galt mit Recht als die Seele des Unternehmens, das die Beseitigung einer fünfjährigen Mißwirtschaft in Deutschland bezweckt hatte. Er hatte aber überdies durch sein ganzes Auftreten vor Gericht, durch die Verantwortungsfreudigkeit, mit der er für seine Tat einstand, sich die Sympathien weiterer Kreise gewonnen, die bislang kaum von ihm Notiz genommen hatten. Es mußte hinter diesem Mann doch mehr stecken als ein wenig Demagogie, hinter dieser Bewegung doch mehr als das Rowdytum unreifer Elemente.

Das sichtbare Ergebnis dieser Stimmung war der Wahlerfolg bei den bayrischen Landtagswahlen vom 6. April 1924. Der Völkische Block, der die Wahlarbeit organisiert und eine Kandidatenliste eingereicht hatte, erhielt eine halbe Million Stimmen. In München war die für die damaligen Verhältnisse unerhörte Stimmenzahl von 105 000 erreicht worden. Leider zeigte es sich bald, daß die aus 23 Köpfen bestehende Fraktion, deren Mitglieder z. T. noch vor kurzem den verschiedensten Lagern angehört hatten, keine einheitliche Linie und damit auch keinerlei Schlagkraft besaß.

Die Reichstagswahlen des 4. Mai, bei denen nur eine Einheitsliste der deutschvölkischen Freiheitspartei eingereicht wurde, zeigten folgendes Ergebnis:

Kommunisten 3 746 000
Deutsche Volkspartei 2 640 000
Deutschvölkisch 1 924 000
Deutschdemokratische Partei 1 657 000
Bayrische Volkspartei 946 000 u. a.

Hier war für Bayern bereits ein Rückschritt bemerkbar, namentlich in München, wo die Stimmenzahl auf 85 000 zurückgegangen war.

Der Versuch der Deutschvölkischen Freiheitspartei, zusammen mit Ludendorff, die nationalsozialistischen Massen, deren Führer größtenteils gefangen saßen, in einer Einheitsorganisation aufzufangen und unter ihrer Führung zu vereinigen, führte zur schärfsten Opposition der einzig und allein auf Adolf Hitler eingestellten Kreise, die damals zumeist in der Großdeutschen Volksgemeinschaft unter der Führung von Hermann Esser und Julius Streicher zusammengefaßt waren. Er führte aber auch dazu, daß Adolf Hitler von der Festung Landsberg aus in aller Form die Führung der Bewegung, als deren Führer er auch während des Nichtbestehens der NSDAP angesehen werden mußte, niederlegte.

Die Kluft zwischen den bestehenden Gruppen wurde größer und größer und führte endlich zu einem Kampf, der über sachliche Differenzen hinaus unüberbrückbar scheinende persönliche Gegensätze zeitigte. Zwar gelang es bei den am 7. Dezember 1924 stattfindenden Neuwahlen zum Reichstag, eine Einheitsliste der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung aufzustellen, aber der Rückgang von 32 auf 14 Abgeordnete war das äußere Ergebnis dieses Bruderzwistes.

Am 20. Dezember 1924 trat die Bewährungsfrist Adolf Hitlers in Kraft. Geladen mit Energien verließ er die Festung. Einer seiner ersten Gänge war zum bayrischen Ministerpräsidenten, von dem er nichts erbat, als die Freilassung seiner noch inhaftierten Kameraden zum Weihnachtsfest.

Es bestand für Adolf Hitler keinen Augenblick ein Zweifel darüber, daß er sich nicht auf eine der bestehenden völkischen Organisationen stützen, sondern seine alte NSDAP wieder aufrichten würde. Er sammelte seine Getreuen um sich, und schon am 27. Februar 1925 proklamierte er im polizeilich gesperrten Bürgerbräukeller zu München die Neugründung seiner Bewegung. Es war eine Glanzleistung, daß es Adolf Hitler gelang, durch eine meisterhafte Rede all die einander z. T. aufs erbittertste bekämpfenden Elemente wieder unter einen Hut zu bringen; er offenbarte damit aufs neue seine überragende Führerpersönlichkeit.

Seit dem 26. Februar konnte auch das Zentralorgan der Bewegung, der "Völkische Beobachter", wieder erscheinen, dessen redaktionelle Leitung in den bewährten Händen Alfred Rosenbergs liegt. Daß der Zentralpartei Verlag allen Schwierigkeiten zum Trotz sich durchsetzte, daß er sich in den folgenden Jahren immer mehr vergrößerte, vor allem seit dem Dezember 1926 eine illustrierte Zeitung herausbrachte, ist in erster Linie der Energie, der Umsicht und dem kaufmännischen Können des Verlagsdirektors Max Amann zu danken.

In der Neugründungsversammlung bekannte sich Adolf Hitler zur Legalität, sagte aber allerdings dem System den schärfsten Kampf an. Die bayrische Regierung antwortete, gestützt auf einen falschen Bericht, mit einem Redeverbot, das die meisten anderen Regierungen der Länder kurze Zeit darauf auch auf ihr Gebiet ausdehnten und das mehrere Jahre andauerte.

Nun begann eine schwere Zeit für die junge Bewegung, vielleicht die schwerste. Es fehlte an

allem, an einer eigenen Geschäftsstelle, an einer Schreibmaschine, von Geld gar nicht zu reden. Mancher war wankend geworden in seinem Glauben an die Bewegung, in seinem Glauben an den Führer. Dazu kamen die Knebelungen, Unterdrückungen, Schikanen von Seiten der Behörden, kam ein mafloser Terror von links auf der Strafe und in den Betrieben, der Boykott im Geschäftsleben. Die Anforderungen, die die Arbeit für die nationalsozialistische Idee an Bekennermut und zäher Ausdauer an den einzelnen stellte, waren ungeheuer. Darin lag aber auch ein Gutes. Die Partei wurde gesiebt, geläutert. Die Spreu wurde vom Weizen geschieden. Was nicht fest und unerschütterlich war in seiner Überzeugung, wurde in alle Winde zerstreut.

Daß Adolf Hitler in diesen Tagen einen Mann fand, der die Verwaltung der Partei in mustergültiger Weise organisierte und ihm vor allen Dingen die Last der Finanzierung abnahm, war für die Entwicklung der NSDAP von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Es ist das unauslöschliche Verdienst des Reichsschatzmeisters der Partei, des früheren Verwaltungsoberinspektors Franz Schwarz, daß es ihm gelungen ist, trotz aller Schwierigkeiten eine gesunde finanzielle Basis für die Partei zu schaffen. Er handelte nach dem Leitsatz: Es muß möglich sein, die Organisation aus den Mitgliedsbeiträgen zu finanzieren, und durch eiserne Energie brachte er es tatsächlich zuwege, die einzelnen unteren Dienststellen allmählich zur nahezu restlosen Einziehung der Beiträge und zur Abführung der vorgeschriebenen Anteile an die Zentrale zu erziehen. Seine sprichwörtlich gewordene Sparsamkeit, die ihn in weiten Kreisen der Partei gefürchtet machte, versetzte ihn in die Lage, in späteren Jahren immer dann, wenn es die Lage erheischte, einzuspringen und großzügig Mittel für den Kampf und für den Ausbau der Organisation flüssig zu machen. Dabei übte er seine verantwortungsreiche und aufreibende Tätigkeit von Anfang an vollkommen ehrenamtlich aus. Hier sei auch erwähnt daß es Adolf Hitler selbst stets kategorisch abgelehnt hat, von der Partei auch nur einen Pfennig entgegenzunehmen. Vielmehr hat er aus seinen persönlichen Einkünften, aus seinen Schriftstellerhonoraren und aus persönlich aufgenommenen Darlehen wiederholt erhebliche Beträge für die Organisation und Propaganda aufgewandt und insbesondere die teilweise beträchtlichen Spesen seiner Versammlungsreisen, die den betreffenden Ortsgruppen oft große Überschüsse brachten, selbst getragen.

Da es sich um eine vollkommene Neugründung handelte, mußten auch alle, die der NSDAP vor dem 9. November 1923 angehört hatten, sich von neuem mittels Anmeldeschein anmelden. Die Organisation wurde streng zentralisiert. Mitgliedskarten konnten nur von der Reichsleitung in München ausgestellt werden. Jedes Mitglied wurde in einer dreifachen Kartei, nach der Nummer, nach der Ortsgruppe und nach dem Alphabet in feuerfesten Panzerschränken eingereiht. Einige Zeit später, am 22. Mai 1926, erhielt die Partei wiederum, wie in den früheren Jahren, durch Gründung des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins e. V. und durch Festlegen der Satzung, ihren juristischen Rahmen. Dies brachte mit sich, daß die Vorstandschaft des Vereins alljährlich neu gewählt werden mußte, daß also auch Adolf Hitler jeweils unter großer Heiterkeit der Anwesenden sein Amt als Vorsitzender zur Verfügung stellte, um dann unter tobendem Beifall einstimmig wiedergewählt zu werden.

Die politische Linie Adolf Hitlers war, wie vordem, so auch jetzt von Anfang an klar. In der Außenpolitik bekämpfte er fanatisch die frankophile Verständigungssucht und den Erfüllungswahnsinn der Systemregierungen, die in einem Mißerfolg nach dem andern bei den sich jagenden Konferenzen ihren Niederschlag fand, und trat demgegenüber mit aller Energie für eine Deutschland zuträgliche Bündnispolitik ein. Als die Mächte, die schon auf Grund ihrer natürlichen Gegnerschaft zum französischen Imperialismus vor allem als Partner

Deutschlands in Betracht kamen, erkannte er nach wie vor England und Italien. In letzterem sah er im übrigen die einzige Nation, die, unter der kraftvollen Führung Mussolinis stehend, ausschließlich nach nationalen Gesichtspunkten regiert wurde, die den Marxismus beseitigt hatte, und dem Unwesen der jüdischen Freimaurerei energisch zu Leibe rückte. Seine aus dieser Erkenntnis gezogene Folgerung, daß die Südtiroler Frage einer Annäherung Deutschlands und Italiens nicht hindernd im Wege stehen dürfe, trug Adolf Hitler seitens der gegnerischen Presse aller Schattierungen unter dem Motto "Verrat an Südtirol" einen Verleumdungsfeldzug ein, der seine Schatten bis in unsere Tage wirft.

Innenpolitisch galt Adolf Hitlers Kampf der Vernichtung des Marxismus, darüber hinaus aber der Erringung der politischen Macht als der Voraussetzung für die Führung des deutschen Befreiungskampfes. Wer ihm in diesem Ringen in den Arm fiel, mußte sein Gegner werden.

So trennten sich auch Adolf Hitlers und Ludendorffs Wege. Schon im großen Prozeß hatte Ludendorff durch seine auf die heftigsten Angriffe gegen die Kirche zugespitzte Verteidigung eine Politik eingeschlagen, bei der ihm Adolf Hitler nicht folgen konnte. Es war einer seiner Grundsätze, daß sich seine Partei überhaupt nicht auf das religiöse Gebiet begeben dürfe, schon deshalb, weil das Aufrühren religiöser Gegensätze die Einheit der Organisation aufs schwerste gefährden mußte. Wie konnte eine Bewegung schlagkräftig bleiben, wenn sie im Innern Raum bot für Auseinandersetzungen über Fragen, die mit dem nächsten Ziel, eine möglichst große Anzahl deutscher Menschen für den Freiheitskampf um Deutschland zusammenzuschweißen, nichts, aber auch gar nichts zu tun hatte? Nach Ludendorffs Verheiratung mit Frau Dr. Mathilde von Kemnitz verschärften sich die Gegensätze, und Ludendorffs Organisation, der "Tannenbergbund", ging dazu über, die NSDAP mit den heftigsten Angriffen zu überschütten, insbesondere Adolf Hitler selbst mit der maßlosen Verleumdung, er sei "romhörig", "vom Papste bestochen" usw. zu verunglimpfen, Vorwürfe, die ihre wirksame Illustration in der unwahren Behauptung des Zentrums fanden, Adolf Hitler bekämpfe die Religion, und in der Tatsache, daß beispielsweise deutsche Bischöfe Nationalsozialisten das kirchliche Begräbnis verweigerten! Jedenfalls hat sich der einstige große Feldherr des Weltkrieges durch die Art seines Kampfes immer mehr isoliert und sich selbst jeden Einflusses auf die Neugestaltung Deutschlands beraubt.

Auch mit den völkischen Splittergruppen mußte nun abgerechnet werden. In München hatte sich unter der Führung einiger abtrünniger Parlamentarier der "Nationalsoziale Volksbund" aufgetan, dessen Kampfgeschrei aber bald verstummte, nachdem einige seiner Versammlungen mit Getöse und Blamage geendet hatten. Soweit nunmehr noch keine Klarheit über die Kräfteverhältnisse im "völkischen" Lager herrschte, brachte diese Adolf Hitlers "Offene Antwort an Herrn von Graefe", den Führer der "Deutschvölkischen Freiheitspartei", die Mitte März im Völkischen Beobachter erschien. Mehr und mehr wurde die NSDAP zum "Preußen der nationalen Bewegung in Deutschland".

Die unfreiwillige Mufle des Redeverbotes bot Adolf Hitler Gelegenheit zur Fertigstellung seines Werkes "Mein Kampf", zu dessen Vorbereitung er während seiner Festungshaft die nötige Zeit und Sammlung gefunden hatte. Der 1. Band, betitelt "Eine Abrechnung", der zu Weihnachten 1925 erschien, schildert in der Hauptsache den Werdegang Adolf Hitlers, während der 2. Band, der im folgenden Jahre abgeschlossen wurde, die Grundlagen der Organisation behandelt. Der völkische Literaturhistoriker Adolf Bartels nennt dieses Werk "die bedeutendste deutsche politische Veröffentlichung seit Bismarcks Gedanken und Erinnerungen".

Aufstieg

Aber auch in jener Zeit trug Adolf Hitler seine Ideen in die Massen. Bei allen größeren Veranstaltungen in den übrigen Ländern, bei Gauden, Aufmärschen usw. erweckte Adolf Hitlers bloßes Erscheinen Stürme der Begeisterung.

Hand in Hand damit ging der weitere Ausbau der Organisation. In vielen Gegenden Norddeutschlands wurde erst der Grundstock für die Bildung von Untergliederungen gelegt. Ein sich immer mehr vergrößernder Stab von Rednern fuhr rastlos durch Deutschland und hämmerte die Lehre Adolf Hitlers in die Köpfe und Herzen der Massen. Noch war die Bewegung am stärksten in Bayern, aber auch Sachsen hatte ein rapides Wachstum zu verzeichnen. Mit der Ende 1926 erfolgten Ernennung von Dr. Joseph Goebbels, der schon im Rheinland als temperamentvoller Propagandist von sich reden gemacht hatte, zum Gauleiter von Großberlin begann auch der Kampf um Berlin in ein beachtliches Stadium zu rücken.

Neben der SA waren aus ausgesuchten Männern die Schutzstaffeln gebildet worden - SS mit schwarzen Hosen und Kappen -, denen im Rahmen des Schutzes der Bewegung und der Propaganda besondere Aufgaben zufielen und die seit 1928 unter dem Reichsführer Heinrich Himmler stehen.

In der Hitlerjugend entstand der Bewegung eine Jugendorganisation, die, wie sich schnell zeigte, vor allem auch unter den Kindern der arbeitenden Schichten Fuß faßte. Auch die Studenten, die bald dem Nationalsozialismus in Scharen zuströmen sollten, wurden im "Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund" zusammengefaßt, dessen späterem Führer Baldur von Schirach 1932 auch die HJ und der "Nationalsozialistische Schülerbund" unterstellt wurden.

Trotz der allenthalben sichtbaren Fortschritte mußte es als ein Wagnis erscheinen, als Adolf Hitler im Juni 1926 zu einem Parteitag in Weimar aufrief. Dieser Reichsparteitag aber gestaltete sich, namentlich dank der starken Beteiligung der Sachsen, zu einem vollen Erfolg. Einige Tausend Mann SA und SS, die statt der Windjacken des Jahres 1923 jetzt ausnahmslos das Braunhemd trugen, marschierten unter dem Jubel der Bevölkerung auf. Es war ein erhebender Augenblick, als Adolf Hitler am 4. Juli 1926 im historischen Nationaltheater zu Weimar einer Reihe von SA-Gruppen Standarten verlieh. Dort fand auch ein von Vertretern aus dem ganzen Reich beschickter Delegiertenkongreß statt, bei dem Adolf Hitler eine großangelegte Rede über die Ziele der nationalsozialistischen Politik hielt. Nun war auch nach aufliegen hin zum ersten Male wieder in größerem Rahmen gezeigt, daß die Bewegung nicht - wie die Gegner gerne glauben machen wollten - tot war, sondern daß sie lebte und ständig wuchs, und die eigenen Parteigenossen, die den Tag miterleben konnten, schöpften neue Kraft und neuen Glauben für den kommenden Kampf. Der vielleicht schwierigste Zeitabschnitt für die Bewegung war vorüber, die Gefahr einer Stagnation gebannt. Die Mitgliederzahl, die zu Ende des Jahres 1925 27 117 betragen hatte, erhöhte sich im Dezember 1926 auf 49 523, wuchs bis Dezember 1927 auf 72 590, bis Dezember 1928 auf 108 717 an, und im Dezember 1929 zählte die Partei bereits 176 426 Mitglieder.

Im Spätsommer 1926 hatte sich auch die nationalsozialistische Partei in Deutsch-Österreich, die gleich der Bruderpartei in Deutsch-Böhmen seit Jahren bestand, Adolf Hitler unterstellt.

1927 wurde endlich in Bayern, 1928 auch in Preußen das durch nichts begründete Redeverbot gegen Adolf Hitler aufgehoben. Die Regierungen, bzw. die hinter ihnen stehenden Parteien

sahen keine Möglichkeit mehr, diesen rechtswidrigen Zustand noch länger aufrechtzuerhalten, und hatten sich im übrigen davon überzeugen müssen, daß diese Knebelungen wie alle anderen Schikanen und wie auch die Terrorakte des Marxismus die Bewegung nicht nur nicht abwürgen konnten, sondern ihr Wachstum vielmehr beschleunigten.

Wer geglaubt hatte, daß mit der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten am 26. April 1925 sich das System ändern werde, daß Schluff gemacht werde mit einer Politik der Unterwerfung und einer sinnlosen Verständigung, der sah sich gar bald bitter enttäuscht. Während die Regierungen jede nationale Regung in Deutschland mit allen Mitteln niederzuhalten suchten, beschönigte man die eigene schwächliche Haltung bei allen außenpolitischen Entscheidungen mit dem Fehlen aller jener Faktoren, die einer Staatsführung das Rückgrat stärken können. Und während Stresemann trotz seiner dauernden Mißerfolge "Silberstreifen am politischen Horizonte" sah, vergrößerte sich die Arbeitslosenziffer und stieg die wirtschaftliche Not höher und höher. Die Folgen des Dawespaktes vom Jahre 1924, der Nation noch vor kurzem als der Retter angepriesen, der die Wirtschaft neu beleben und damit auch die Voraussetzungen für einen politischen Wiederaufstieg schaffen sollte, zeigten sich in ihrer ganzen Unerbittlichkeit. Adolf Hitler hatte demgegenüber stets mit aller Entschiedenheit den Standpunkt vertreten, daß jede wirtschaftliche Gesundung absolut abhängig sei von der Wiedergewinnung politischer Macht. Seine zahlreichen Vorträge vor Führern der Industrie und Wirtschaft trugen in steigendem Maße dazu bei, daß er mit seiner Auffassung in den am meisten beteiligten Kreisen mehr und mehr durchdrang.

So gab es bald in Deutschland immer mehr Menschen aus allen Lagern, die in Adolf Hitler und seiner Bewegung nicht nur den Hort des nationalen Gedankens, sondern auch die einzige Rettung vor dem völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch sahen. Die Reichsparteitage in Nürnberg am 19./21. August 1927 und am 1./4. August 1929 legten ein beredtes Zeugnis ab für das Wachstum der Organisation wie für die Resonanz, die Adolf Hitler in der Bevölkerung fand. Zu letzterem Parteitag waren weit über 100 000 Menschen in 170 Sonderzügen und zahllosen Personen- und Lastwagen nach der alten Reichsstadt gepilgert. Ein riesiges Heer von Braunhemden drückte Nürnbergs Straßenschild den Stempel auf. Vor der Übergabe von 24 neuen Standarten an die SA durch Adolf Hitler fand am Kriegerdenkmal im Luitpoldhain eine Gefalleneneierfeier statt, zu der schon tags zuvor Tausende von Ortsgruppen und SA-Formationen Kränze am Sarkophag niedergelegt hatten. Der anschließende Vorbeimarsch der SA vor dem Führer dauerte fast vier Stunden und gestaltete sich zu einer überwältigenden Demonstration. Die Presse, auch des Auslandes, nahm den regsten Anteil an der machtvollen Kundgebung.

Auch in der hohen Politik galt Adolf Hitler längst nicht mehr nur als der "Trommler", seine staatsmännischen Qualitäten fanden vielmehr steigende Beachtung. Durch seine "Offene Antwort an Hervé", in der er, auf Anfragen des französischen Politikers, zu Fragen der Abrüstung und der Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich Stellung nahm, rückten ihn in das Licht der öffentlichen Betrachtung auch des Auslandes. Der Kampf gegen den Youngplan, der Ende 1929 ein Zusammengehen der NSDAP, mit den Deutschnationalen, dem Stahlhelm, dem Reichslandbund u. a. in der "Nationalen Opposition" zeitigte, führte zum Volksbegehren und zum Volksentscheid, der aber trotz der erreichten Stimmenzahl von 6.5 Millionen nicht durchdrang. Adolf Hitler ging daraus als die Führerpersönlichkeit hervor, welche den Kampf gegen die Kräfte der Demokratie und gegen die Versklavungspolitik am schärfsten und prägnantesten verkörperte.

Auf jedem Gebiet belegte die NSDAP die Ansprüche, die sie auf die Ergreifung der politischen Macht in Deutschland angemeldet hatte. Die Presse wurde in zunehmendem

Maße, ausgebaut, das Schrifttum der Bewegung geistig vertieft. Hier sind insbesondere die von Feder herausgegebene "Nationalsozialistische Bibliothek", die bis jetzt 39 Bände umfaßt und die "Nationalsozialistischen Monatshefte" hervorzuheben.

Auch der Beweis, daß die NSDAP bereit und in der Lage ist, durch aktive Beteiligung an der Regierung positive und verantwortliche Arbeit zu leisten, wurde wiederholt erbracht. Zunächst war es Koburg, in dem die Nationalsozialisten gegen die rote Mißwirtschaft Sturm liefen, bis es ihnen gelang, auf Grund eines 1929 durchgeführten Volksentscheides mit 13 Vertretern ins Stadtparlament einzuziehen. Sie hatten damit die absolute Mehrheit, und der nationalsozialistische Bürgermeister Schwede war somit imstande, die Stadtverwaltung in nationalsozialistischem Sinne umzugestalten. Diese Reformarbeit, die vor allem in einer gründlichen Änderung der städtischen Finanzpolitik, in Straßenbau und Erschließung von Siedlungsgelände, endlich in der Einführung eines freiwilligen Arbeitsdienstes bestand, führte dazu, daß sich die Stimmenzahl der Nationalsozialisten bei zwei weiteren Wahlen in Koburg nochmals je um 15 Prozent steigerte.

Im Januar 1930 stellte die Partei durch eine Beteiligung an einer bürgerlichen Koalitionsregierung in Thüringen in der Person Dr. Wilhelm Fricks den ersten nationalsozialistischen Minister. In seiner Eigenschaft als Innenminister und Minister für Volksbildung führte Dr. Frick eine Reihe von Maßnahmen durch, die, wie die Aufhebung des Verbotes nationaler Jugendbünde, die Einführung der bekannten Schulgebete und die Reform der Polizeiverwaltung, vor allem darauf abzielten, den Gedanken des Deutschtums in der ehemals roten Hochburg zu verankern. Der Kampf, den er wegen der Sperrung der Reichszuschüsse für Zwecke der thüringischen Polizei mit dem Reichsinnenminister Dr. Wirth ausfocht, zeigte deutlich, daß der Nationalsozialismus nicht gesonnen war, auch in der Regierung von seinem Kampfe gegen das System um ein Jota abzuweichen. Nach vierzehnmonatiger ersprießlicher Tätigkeit wurde Dr. Frick von den bürgerlichen Koalitionspartnern gestürzt.

Ende 1930 konnte schließlich auch in Braunschweig, nachdem die Nationalsozialisten 9 von 40 Mandaten erobert hatten, zur Bildung einer Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien geschritten werden. Hier wurde zunächst Dr. Franzen und nach dessen Rücktritt Dr. Klagges Minister für Inneres und Volksbildung.

Von Sieg zu Sieg

Die Reichstagswahlen am 14. September 1930 mit ihrem bis dahin unerhörten Wahlergebnis stellten einen Markstein in der Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung dar. Hatte sie schon in den vorhergehenden Jahren bei allen Landeswahlen, so in Sachsen, Thüringen, Braunschweig und Mecklenburg-Schwerin, ein stetes, z. T. ganz beträchtliches Anwachsen zu verzeichnen gehabt, so stand doch der Erfolg dieser Reichstagswahlen in gar keinem Verhältnis zu jenen Wahlsiegen. Bei den vorausgegangenen Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 hatten die Nationalsozialisten rund 810 000 Stimmen aufgebracht und 12 Abgeordnete in den Reichstag entsandt. Nun war es ihnen gelungen, ihre Stimmenzahl auf 6 400 000 zu steigern. 107 Braunhemden zogen in den Wallotbau ein, und damit war die nationalsozialistische Fraktion mit einem Schlage zur zweitstärksten Gruppe geworden. Nur die Sozialdemokratie mit ihren 154 Abgeordneten war ihnen noch über. Trotzdem hatten diese bereits einen merklichen Stimmenrückgang zu verzeichnen. Der nationalsozialistische Einbruch in die marxistische Front trat klar zutage. Nächstes war das Charakteristische an

diesen Reichstagswahlen, daß die überlebten Parteigebilde der bürgerlichen Mitte, die durch ihre stets schwankende Haltung sich längst unmöglich gemacht hatten, auf ein Minimum zusammenschrumpften und somit zur Bedeutungslosigkeit herabsanken. Die im Anschluß an diese Wahl stattfindenden Landtags- und Gemeindewahlen in Baden, Mecklenburg, Bremen, Braunschweig und Oldenburg, dann später in Hessen und Hamburg, brachten weitere verblüffende Erfolge für die Nationalsozialisten.

Auf Grund dieser Entwicklung konnte man fast mit Sicherheit voraussagen, daß Adolf Hitler über kurz, oder lang zur Macht kommen mußte, auf rein gesetzmäßigem Wege. Dem Gerede von angeblichen illegalen Zielen der Bewegung hatte er durch seine eidliche Aussage beim Reichswehrprozeß in Leipzig Ende September 1930 den Boden entzogen.

Niemand konnte jetzt mehr umhin, den Nationalsozialismus ernst zu nehmen. Dies zeigte sich einmal in dem rapiden Anwachsen der Mitgliederzahl, zum andern aber in dem beispiellosen Kampf, der nunmehr von allen Seiten gegen die Bewegung einsetzte.

Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder der Partei betrug Ende 1930 389 000, schnellte bis Dezember 1931 auf 806 294, überschritt im April 1932 1 Million und erreichte am 31. Mai die Zahl von 1 118 270, am 31. Dezember 1932 1 414 975 und betrug am 1. März 1933 1 471 114. Um der durch die Massenzugänge angehäuften Arbeit bei der Zentrale Herr zu werden, war Anfang Januar 1932 und dann nochmals im Mai die Verfügung einer Mitgliedersperre notwendig geworden.

Ein Lügenfeldzug der Gegner nach dem andern brach in sich zusammen. Auch alle Versuche, die Partei von innen heraus zu zersetzen, waren von vornherein zum Scheitern verurteilt. Schon im Jahre 1928 war Dr. Dinter, ein völkischer Wirrkopf, der die NSDAP zu seinen "Geistchristentum" genannten religiösen Experimenten mißbrauchen wollte, aus der Partei entfernt worden. Dr. Otto Strasser, der Herausgeber der "Berliner Arbeiterzeitung", der schon geraume Zeit eine oppositionelle Haltung gegen die Parteileitung eingenommen hatte, mußte im Juli 1930 ausgeschlossen werden. Die von ihm gegründete nationalsozialistische Kampfgemeinschaft blieb ohne jede Bedeutung. Auch der im Frühjahr 1932 erfolgte Ausschuß eines meuternden SA Führers, des früheren Polizeihauptmanns Stennes, ließ die Bewegung ohne jede Erschütterung.

Dagegen steigerte sich der marxistische Terror auf der Strafe in so unheimlicher Weise, daß man ohne weiteres von einem von den Roten angezettelten Bürgerkrieg sprechen kann. Die Zahl der nationalsozialistischen Kämpfer, die als Märtyrer ihrer Überzeugung den feigen Überfällen der Gegner zum Opfer fielen, erreichte bis heute die erschütternde Ziffer von 221 Toten und über 25 000 Verwundeten! Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache, sind zugleich aber der lebendige Beweis dafür, daß der Opfer- und Bekennermut jener, die sich der Sache des Nationalsozialismus verschrieben haben, bereits ist, für die nationalsozialistische Weltanschauung und für den Führer nicht nur zu kämpfen, sondern, wenn es sein muß, auch zu sterben.

Nach dem Rücktritt des Obersten SA-Führers Hauptmann von Pfeffer im Herbst 1930 hatte Adolf Hitler die Führung der SA selbst übernommen. Sein Chef des Stabes wurde der aus Bolivien zurückgekehrte Oberstleutnant Ernst Röhm, der den SA-Stab und die gesamte Organisation der SA weiter ausbaute. Von seinem Stellvertreter Major a. D. Hühnlein wurde das Nationalsozialistische Kraftfahrkorps organisiert.

Längst waren die Raumverhältnisse in der Reichsgeschäftsstelle katastrophal geworden. Die

Partei, die 1920 in einem Kellerloch im Sterneckergäßchen gehaust, dann die Räume einer früheren Gastwirtschaft in der Corneliusstraße bezogen hatte, war bald nach ihrer Neugründung in drei Zimmern eines Rückgebäudes in der Schellingstraße untergebracht worden. Bald sah sie sich genötigt, einen Raum nach dem andern dazu zu mieten, so daß sie schon 1939 das gesamte, drei Stockwerke umfassende Gebäude innehatte. Trotzdem wurde der Geschäftsbetrieb nach und nach durch den Platzmangel behindert. Da konnte im Sommer 1930 das Barlowpalais an der Brienerstraße käuflich erworben werden, das nach einem zweckentsprechenden Umbau im Januar 1931 bezogen wurde. Mit dem Erwerb des "Braunen Hause", als welches das Gebäude sehr bald - schon infolge der dagegen von der Münchner Polizeidirektion durchgeführten Aktion - in der ganzen Welt bekannt werden sollte, erhielt die NSDAP endlich eine repräsentative Reichsgeschäftsstelle, die ihrer Größe und Bedeutung entsprach.

Die Organisation war mittlerweile auch riesenhaft angewachsen. Sie zählte nach der Machtübernahme 45, davon 37 reichsdeutsche Gaue mit mehr als 12 000 Ortsgruppen und Stützpunkten. Demgemäß war auch die Reichsleitung der Partei entsprechend ausgebaut worden. Neben dem Vorsitzenden Adolf Hitler, dem Reichsschatzmeister Franz Schwarz und dem Schriftführer Karl Fiehler gehörten ihr als Amtsleiter (später mit dem Titel "Reichsleiter") an: der Chef der politischen Zentralkommission Rudolf Heß, M.d.R., der Stabsleiter der politischen Organisation (jetzt Reichsorganisationsleiter) Dr. Robert Ley, M.d.R., der Reichspropagandaleiter Dr. Josef Goebbels, M.d.R., der Propagandaleiter 11 Fritz Reinhardt, M.d.R., dem damals die Schulung der Redner oblag, der Leiter des agrarpolitischen Amtes R. Walter Darré, M.d.R., die Vorsitzenden der beiden Kammern des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses der Reichsleitung Major a. D. Walter Buch, M.d.R. und Willi Grimm, M.d.L., der Leiter der Rechtsabteilung Dr. Hans Frank II, M.d.R., der Reichsgeschäftsführer Philipp Bouhler, M.d.R., ferner der Chef des Stabes der SA, der Reichsjugendführer Baldur v. Schirach, M.d.R. und der Amtsleiter für die Presse Stadtrat Max Amann, M.d.R.

Eine Reichspressestelle der NSDAP wurde 1931 unter Leitung von Dr. Otto Dietrich geschaffen. Schon seit Januar 1931 bestand unter Führung des Reichstagsabgeordneten Walter Schuhmann die Reichsbetriebszellenorganisation.

Die Hilfskasse, deren Zweck die Unterstützung der Verwundeten bzw. der Angehörigen der Gefallenen ist, sowie die Reichszeugmeisterei, die eine einheitliche Bekleidung und Ausrüstung der SA und SS besorgte, erfuhren eine fortlaufende Erweiterung. Im Frühjahr 1931 wurde unter der Leitung von Major a. D. Kurt Kühme auch eine Reichsführerschule errichtet, in der laufend Kurse zur weltanschaulichen und sportlichen Schulung zwecks Bildung eines festgefügtten Führernachwuchses abgehalten wurden.

Das zunächst in Preußen bestehende, dann auf die meisten übrigen Länder übergreifende, in erster Linie gegen die Nationalsozialisten gerichtete "Uniformverbot" nahm der Partei jede Möglichkeit einer Demonstration. Dagegen konnte in Braunschweig am 17./18. Oktober 1931 ein SA-Treffen in bisher nicht dagewesenen Ausmaßen stattfinden. 104 000 Braunhemden marschierten vor ihrem Führer auf.

Der bevorstehende Ablauf der Amtszeit des Reichspräsidenten rückte Adolf Hitler mit einem Schlage in den Vordergrund eingehender Verhandlungen mit Stellen der Reichsregierung. Brünnings Bemühungen, Adolf Hitler für eine Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten auf parlamentarischem Wege zu gewinnen, mißlingen. So mußte die Neuwahl durchgeführt werden. Mit der am 26. Februar 1932 erfolgten Berufung Adolf Hitlers

zum Regierungsrat bei der Braunschweigischen Regierung erhielt Adolf Hitler die deutsche Staatszugehörigkeit und damit die Möglichkeit, bei der Präsidentenwahl zu kandidieren. Damit fand ein trauriges Kapitel deutscher Parteibürokratie seinen Abschluss, die einem an der deutschen Grenze geborenen Deutschen, der den Weltkrieg im deutschen Heere mitgemacht hatte und dessen ganzes Leben nichts, war als ein einziger Kampf für Deutschland, jahrelang das Recht, deutscher Staatsbürger zu sein, vorenthalten hatte.

Wenn auch Adolf Hitler im ersten Wahlgang am 13. März 1932 gegenüber den 18,6 Millionen Hindenburgs nur 11,3 Millionen Stimmen aufbrachte, so war diese scheinbare Niederlage in Wirklichkeit ein gewaltiger Erfolg. Denn praktisch hatte Adolf Hitler im Verlauf von anderthalb Jahren - seit den Reichstagswahlen - seine Stimmen nahezu verdoppelt, wobei noch zu bedenken ist, daß mit Ausnahme der Deutschnationalen und der Kommunisten, die eigene Kandidaten aufstellten, sämtliche Parteien sich zur Wahl Hindenburgs zusammentaten.

Nun versuchte das System mit allen Mitteln die nationalsozialistische Propaganda einzudämmen, die an sich schon durch einseitige Vorenthaltung des Rundfunks aufs schwerste behindert war. Durch Verkündung des "Osterfriedens" wurde die Vorbereitung für den zweiten Wahlgang auf sechs Tage beschränkt. Aber Adolf Hitler leitete eine Propagandaaktion ein, die in ihren Ausmaßen gigantisch genannt werden muß und die ihresgleichen noch nicht gesehen hatte. Nicht nur Tausende von Rednern trugen die Parole Adolf Hitlers Tag für Tag ins Volk, der Führer selbst sprach täglich viernmal in Riesenversammlungen, so am ersten Tage in Dresden, Chemnitz, Leipzig und Plauen. Die Bewältigung dieser Riesenleistung war ihm natürlich nur möglich mit Hilfe des Flugzeugs, das ihn auch bei stürmischstem Wetter in den kurzen Pausen zwischen den einzelnen Vorträgen von Ort zu Ort führte. Daß sie ihre Stimmenzahl vom 13. März am 10. April nicht nur halten konnte, sondern daß ihr eine weitere Steigerung um 2,1 Millionen auf 13,4 Millionen gelang, hat die nationalsozialistische Bewegung in erster Linie dem unerhörten persönlichen Einsatz ihres Führers zu danken.

Trotzdem die Wahl Hindenburgs glatt durchging, hatte die Reichsregierung mit einem solchen Erfolg Adolf Hitlers nicht gerechnet und war darüber bestürzt. Sie griff zu einem verzweifelten Mittel. Am 13. April wurde durch Notverordnung die sofortige Auflösung der SA, SS, Hitlerjugend, des NS-Kraftfahrkorps und Fliegerkorps verfügt. Daß diese Maßnahme ebensowenig wie alle anderen Unterdrückungsakte imstande war, das Vorwärtstreiben der Bewegung aufzuhalten, bewies der 24. April mit Landeswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg und Anhalt sowie Bürgerschaftswahlen in Hamburg. Wieder war dem Tag ein Deutschlandflug Adolf Hitlers vorangegangen, mit dem er seine vorhergegangene Riesenpropagandaaktion noch übertraf. In Preußen erhielten die Nationalsozialisten über 8 Millionen Stimmen und 162 Sitze gegenüber 6 bisher innegehabten. Sie waren damit zur weitaus stärksten Partei geworden. Die Sozialdemokratie hatte nicht weniger als 44 Mandate eingebüßt und besaß deren nur mehr 93. In Bayern erhöhte die NSDAP ihre Mandatszahl von 9 auf 43 und blieb mit 1 270 000 Stimmen nur um 1300 Stimmen hinter der Bayerischen Volkspartei zurück. Die Zahl der sozialdemokratischen Sitze war von 34 auf 20 zusammengeschrumpft. In Anhalt eroberte die Bewegung 15 von 36 Sitzen, so daß die Bildung einer bürgerlichen Koalitionsregierung mit dem nationalsozialistischen Ministerpräsidenten Freyberg möglich wurde, und in Württemberg wuchs die Zahl der nationalsozialistischen Abgeordneten von 1 auf 23, während die Hamburger Wahlen 233 000 Stimmen und 51 Mandate brachten. In Preußen stellten die Nationalsozialisten den Landtagspräsidenten in der Person des Abgeordneten Kerrl, in Bayern wurde Schwede Vizepräsident.

Endlich brachten die Oldenburger Wahlen am 29. Mai Adolf Hitler 24 von 46 Mandaten und 8 Tage später die Landeswahlen in Mecklenburg 30 von 59 Sitzen. In beiden Fällen somit die absolute Mehrheit.

Die Maßnahme des SA-Verbotes erwies sich als verfehlt. Reichsinnenminister Groener kam darüber zu Fall und schied aus seinem Amte. Reichskanzler Brüning folgte ihm mit dem Rest seines Kabinetts nach. Das unter der Kanzlerschaft v. Papens zustande gekommene neue Kabinett schrieb für den 31. Juli Neuwahlen zum Reichstag aus.

Adolf Hitlers dritter Deutschlandflug, der den Kern der gewaltigen nationalsozialistischen Wahlpropaganda bildete, glich einem Triumphzug. Der Führer sprach innerhalb von 14 Tagen in 49 Riesenversammlungen. In den über 13 700 000 Stimmen und 230 Mandaten der Nationalsozialisten fand die Volksstimmung ihren Niederschlag.

Gleichzeitig wählte auch Thüringen abermals zum Landtag, und der Nationalsozialismus erhielt 26 von 60 Mandaten, worauf zur Bildung einer nationalsozialistischen Regierung mit den Staatsministern Fritz Sauckel, Fritz Wächtler und Willi Marschler geschritten wurde.

Die Reichsregierung aber, weit entfernt, aus der nicht mißzuverstehenden Willensäußerung des Volkes die Konsequenzen zu ziehen, suchte die weitaus größte Partei nach wie vor von der verantwortlichen Führung des Staates auszuschalten. Das demütigende Angebot einer Vizekanzlerschaft beantwortete Adolf Hitler mit einem glatten "Nein"! Dafür hatte er diese Bewegung nicht geschaffen, um die Notverordnungen einer Regierung der Reaktion mit seinem Namen zu decken!

Als die Kunde von dem Beuthener Urteil, das über fünf schlesische SA-Männer die Todesstrafe verhängte, zu ihm drang, trat Adolf Hitler in einem flammenden Aufruf für seine Kameraden ein. Er brandmarkte die "Objektivität" einer Regierung, die keinen Unterschied kennt zwischen den nationalen Kräften eines Volkes und zwischen landesverräterischem Gesindel und kündigte den Kampf um das Leben dieser fünf Männer an. Nachdem am 30. August der Welt das Schauspiel einer Eröffnung des deutschen Reichstages durch die Moskauer Agentin Klara Zundel-Zetkin geboten worden war, wurde mit 367 von 587 Stimmen der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete und ehemalige Pour-le-mérite-Flieger Hermann Göring zum Reichspräsidenten gewählt.

Gegenüber den Gerüchten, die von einer verfassungswidrigen Ausschaltung des Reichstages wissen wollten, erklärte er mit aller Entschiedenheit, daß dieser Reichstag über eine große nationale, arbeitsfähige Mehrheit verfüge.

Trotzdem wurde am 12. September, nachdem die Annahme eines Mißtrauensantrags mit 512 gegen 42 Stimmen der Regierung Papen eine geradezu vernichtende Niederlage beigebracht hatte, der Reichstag aufgelöst.

An der Macht

Die Gegner aller Schattierungen triumphierten, als die am 6. November stattgehabten Neuwahlen einen Rückgang der nationalsozialistischen Stimmen von 13,4 Millionen auf 11,8 Millionen und der Mandatszahl von 230 auf 196 brachten. Adolf Hitlers hartnäckige Weigerung, sich mit dem Amte eines Vizekanzlers zu begnügen und das diktatorische Vorgehen des Präsidialkabinetts erweckten bei vielen den Eindruck, Adolf Hitler habe nunmehr den "Anschluß verpasst" und seine Bewegung befindet sich bereits auf der absteigenden Linie.

Aber die Freude sollte von kurzer Dauer sein. Denn schon die Landtagswahlen in Lippe-Detmold die am 15. Januar 1933 abgehalten wurden, erwiesen, daß der Nationalsozialismus unaufhaltsam im Vormarsch war. Mit 38 844 von 99 303 insgesamt abgegebenen Stimmen und mit 9 von 21 Mandaten wurden die Nationalsozialisten zum entscheidenden Faktor in der lippeschen Regierung.

Inzwischen hatte Adolf Hitlers Kampf um die Macht seinen Fortgang genommen. Am 17. November 1932 trat das Kabinett v. Papen, dessen Stellung unhaltbar geworden war, zurück. Reichswehrminister Kurt v. Schleicher wurde Reichskanzler. Die Verhandlungen Adolf Hitlers mit der Reichsregierung und der Reichskanzlei waren wiederum gescheitert. Hitler konnte sich nicht mit halben Lösungen zufrieden geben, die auf die Dauer zu einer Beseitigung der Krise in Deutschland nicht geführt hätten. Wie richtig sein kategorischer Anspruch auf die verantwortliche Führung der Reichspolitik war, bewies die weitere Entwicklung. Sie zeigte vor allem klar, daß jede Regierung, mochte sie heißen wie sie wollte, die unter Ausschaltung des Nationalsozialismus glaubte regieren zu können, von vornherein zum Scheitern verurteilt war. Adolf Hitler besaß die Nerven zu warten bis seine Stunde kam.

Gegen Ende Januar 1933 stand Schleicher völlig isoliert. Am 28. Januar demissionierte sein gesamtes Kabinett. Schon am 30. Januar wurde Adolf Hitler vom Reichspräsidenten mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Außer dem Reichskanzler stellten die Nationalsozialisten zunächst darin nur zwei Minister, Dr. Wilhelm Frick als Reichsinnenminister und Reichstagspräsidenten Hermann Göring als Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Kommissar für den Luftverkehr, gleichzeitig betraut mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Preußischen Innenministers. Erst im Laufe des Jahres 1933 erfolgte die Eingliederung weiterer Nationalsozialisten in das Reichskabinett. Der bisherige nationalsozialistische Gauleiter von Hannover Studienrat Dr. Bernhard Rust wurde kommissarischer preußischer Kultusminister, der nationalsozialistische Wirtschaftsreferent Walter Funk erhielt die Leitung des Reichspresseamtes.

Mit der Bildung der neuen Reichsregierung und der gleichzeitigen Beseitigung des Dualismus Reich - Preußen war zum ersten Male die Basis geschaffen, in Deutschland nationale Politik zu treiben und den volksfeindlichen Elementen das Handwerk zu legen. Für die nationalsozialistische Bewegung beginnt damit die zweite Phase ihres gigantischen Kampfes, die verantwortliche staatsmännische Aufbauarbeit nach einer zwölf Jahre währenden Opposition. In einem Aufruf an das deutsche Volk appellierte der Kanzler an die nationale Disziplin der Nation und forderte vier Jahre Zeit für die nationale Regierung, um aus dem Trümmerhaufen einer vierzehnjährigen Mißwirtschaft das neue Reich aufzubauen, insbesondere das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen und den deutschen Bauern der

Verelendung zu entreißen.

In Preußen wurden die sozialdemokratischen Parteibeamten systematisch aus den hohen Polizei- und Verwaltungsstellen entfernt und durch national zuverlässige Männer ersetzt. Damit war dem Marxismus seine stärkste Machtposition genommen. Auch mit dem unverantwortlichen Treiben einer bayerischen Clique, die bei jeder Gelegenheit das Wort von der Mainlinie im Munde führte und sogar mit dem Gedanken des Separatismus spielte, setzte sich Adolf Hitler in einer Riesenversammlung in den Münchner Ausstellungshallen am 24. Februar, dem Jahrestag der Gründung der Bewegung, in nicht mißzuverstehender Weise auseinander.

In der Nacht vom 27. auf den 28. Februar stand das Reichstagsgebäude, von kommunistischem Untermenschentum an dreiflig Stellen angezündet, in hellen Flammen. Dies sollte das Fanal zum Aufruhr sein. Aber die Polizei stand auf dem Posten. Wenige Tage vorher hatte eine Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Hauses in Berlin umfangreiches Material zutage gefördert, aus dem die verbrecherischen Pläne der Kommunisten, die auf Chaos und Umsturz in Deutschland abzielten, klar ersichtlich waren. Seitens der Behörden wurden die schärfsten Maßnahmen gegen die bolschewistische Gefahr getroffen, der Reichspräsident erließ eine Notverordnung zum Schutze des deutschen Volkes, die Landesverrat und Aufruhr mit drakonischen Strafen bedrohte. Mit der Regierungsübernahme war für Adolf Hitler endlich die Fessel gefallen, die seiner Agitation bisher immer noch auferlegt war. Jetzt hatte er die Möglichkeit, mit seiner hinreißenden Rede durch den Rundfunk bis in die fernste Hütte zu dringen. Seine in gigantischen Versammlungen gehaltenen und mit Radio übertragenen Reden, von unbändigem Freiheitswillen durchglüht, entfesselten Stürme der Begeisterung, wie man sie seit den Augusttagen 1914 in Deutschland nicht gekannt hat. Wohl ihren Höhepunkt erreichte diese Welle der Begeisterung am Vorabend der Neuwahlen zum Reichstag, dem "Tag der erwachenden Nation", als der Kanzler des deutschen Volkes von Ostpreußen aus zum deutschen Volke sprach. Der Wille zum Sieg, die Sehnsucht nach Freiheit, das Bekenntnis zum Deutschtum auch außerhalb der Grenzpfähle, ließen die Herzen von Millionen in neuer Zuversicht schlagen. Es läuteten die Glocken, Freiheitsfeuer loderten von den Bergen, und in Dorf und Stadt flatterten Hitlerfahnen über allen Straßen, wie es einst das Lied des unvergeßlichen Horst Wessel vorausahnend verkündete.

Der 5. März brachte einen Sieg, der alle Erwartungen übertraf. 17,3 Millionen, d. h. 44 Prozent aller Wähler, erklärten sich für Adolf Hitler, der diesmal an der Spitze der nationalsozialistischen Liste in sämtlichen Wahlkreisen gestanden hatte. 288 Mandate fielen der NSDAP zu. Da die Kampffront schwarz-weiß-rot 8 Prozent aller Stimmen erhalten hatte, ergab sich für die Reichsregierung eine 52 prozentige Mehrheit. War die Regierung auch entschlossen, gleichgültig, wie das Wahlergebnis ausfallen würde, ihren Weg weiterzugehen, den einzigen, mit dem Deutschland der Freiheit wieder entgegengeführt werden kann, so war nunmehr auch die parlamentarische Basis für den neuen Kurs geschaffen. Der Marxismus hatte eine empfindliche Niederlage erlitten, die Kommunisten allein hatten 20 Mandate eingebüßt; das Zentrum hatte seine politische Schlüsselstellung verloren.

Von ausschlaggebender Bedeutung war vor allem auch das Ergebnis in Bayern, wo die Nationalsozialisten mit ihren 1,9 Millionen Stimmen die vierzehnjährige Vormachtstellung der bayerischen Volkspartei, die ihnen nur noch 1,2 Millionen entgegensetzen hatte, brachen. Die gleichzeitig abgehaltenen Wahlen zum preußischen Landtag brachten den Nationalsozialisten 10,3 Millionen Stimmen und eine Mandatszahl von 204. Unmittelbar nach der Wahl ging auf Anweisung der Reichsregierung die Polizeigewalt in Hamburg und im

Freistaat Hessen an Nationalsozialisten über. In Anbetracht ihrer zahlenmäßig erhärteten Überlegenheit forderten die Nationalsozialisten auch in Bayern den Rücktritt der Regierung Held-Stützel.

Am 9. März 1933 übernahm der Reichsinnenminister, da infolge der hartnäckigen Weigerung der volksparteilichen Regierung Reibungen unvermeidlich erschienen, die vollziehende Gewalt in Bayern und setzte den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten General Franz Ritter von Epp, der schon im Mai 1919 an der Spitze seines Freikorps dem bolschewistischen Spuk in München ein Ende bereitet hatte, zum Reichskommissar ein. Damit war das letzte Bollwerk beseitigt, das sich dem Vormarsch der nationalsozialistischen Freiheitsarmee entgegengestemmt hatte.

Von der Masse seiner Anhängerschaft vergöttert, gehaßt und gefürchtet von seinen Gegnern, von seiner ganzen Umgebung gleichermaßen verehrt als Führer und als der harte Kämpfer, wie als Mensch, der für alle ein Herz, für jeden ein gütiges Verstehen hat: so steht Adolf Hitler heute an der Spitze der von ihm geschaffenen Volksbewegung und als Führer des deutschen Volkes an der Schwelle einer neuen Zeit.

Ein Unbekannter, Namenloser, hat es unternommen, einem System, einer ganzen Zeit den Fehdehandschuh hinzuwerfen. Er brachte den Mut auf zu dem Glauben, daß er berufen sei, Deutschland aus seiner tiefsten Erniedrigung wieder emporzuführen zu neuer Macht und Größe.

Fest und unerschütterlich steht seine Organisation. Kein Ansturm hat vermocht, die braune Front zum Wanken zu bringen, die der granitene Grundpfeiler ist, auf dem das neue Deutschland aufgebaut werden wird. In Millionen Herzen lebt wieder unerschütterlich der Glaube an den Aufstieg Deutschlands und damit auch an die Gesundung einer ganzen, zerrütteten Welt.

Daß es so kam, ist das Werk Adolf Hitlers.

Die zweite Phase der historischen Sendung Adolf Hitlers

1933

Nach der Vernichtung der letzten Bollwerke, die sich dem Vormarsch der nationalsozialistischen Bewegung entgegengestellt hatten, ist der Weg frei für die Durchsetzung der von Adolf Hitler und seiner Bewegung gestellten großen politischen Aufgaben. In diesem ersten Jahre seiner Kanzlerschaft beseitigt nun der Führer die, die Einheit des deutschen Volkes verhindernden, Parteien und staatlichen Einrichtungen. Gleichzeitig festigt er die von der Bewegung besetzten Stellungen, um so die Sicherheit einer möglichst einwandfreien Durchführung seiner Pläne zu haben. Mit einer großen Anzahl grundlegender Gesetze beginnt er mit der Konzentration und Gleichschaltung der politischen Kräfte und Verwaltungsorgane. In der Erkenntnis, daß eine einheitliche Weltanschauung die Grundvoraussetzung für seine gesamte weitere Arbeit ist, verschafft er der NSDAP die notwendige Entfaltungs- und Wirkungsmöglichkeit. Die Arbeitslosigkeit wird entschlossen

angefasst und die späteren Lösungen vorbereitet. Die Formen der alten Klassenkampforganisationen werden zerschlagen und die Jugend, gemäß der Forderung der nationalsozialistischen Revolution, einen neuen deutschen Menschen heranzubilden, wird einheitlich erfasst.

10. März: Rücktritt der bisherigen Regierungen in Sachsen und in Baden.

13. März: Errichtung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda unter der Leitung des zum Minister ernannten Dr. Josef Goebbels mit der Zielsetzung, der Zügellosigkeit und Undiszipliniertheit der "öffentlichen Meinung" Einhalt zu gebieten und auch sie vor die Frage der Verantwortung vor dem Ganzen der Volksgemeinschaft zu stellen.

21. März: Eröffnung des historischen Reichstages in der Potsdamer Garnisonkirche.

Der Führer: "Während so das deutsche Volk und Deutsche Reich in inneren politischen Zwiespalt und Hader versanken, die Wirtschaft dem Elend entgegentrieb, begann die neue Sammlung der deutschen Menschen, die in gläubigem Vertrauen auf das eigene Volk dieses zu einer neuen Gemeinschaft formen wollen."

23. März: Regierungserklärung des Führers vor dem Reichstag:

"Erfüllt von der Überzeugung, daß dieser unser Zusammenbruch seine Ursache in inneren Schäden unseres Volkskörpers besitzt, ist es das Ziel der Regierung der nationalen Revolution, diejenigen Gebrechen aus unserem völkischen Leben zu beseitigen, die auch für die Zukunft jeden tatsächlichen Wiederaufstieg verhindern würden."

24. März: Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich.

31. März: Erstes Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich. Grundlegung der kommenden Reichseinheit.

7. April: Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich: Einsetzung von Reichsstatthaltern.

10. April: Ernennung Hermann Görings zum Preußischen Ministerpräsidenten.

28. April: Ernennung Hermann Görings zum Reichsluftfahrtminister.

1. Mai: Rede des Führers auf dem Tempelhofer Feld zu Berlin anläßlich des Tages der nationalen Arbeit:

"Wir gehören nicht zu jenen, die sich einfach auf das Jenseits verlassen. Nein, wir wollen arbeiten, wir wollen ringen um unser Volk, ringen um die Lösung unserer Probleme und unserer Aufgaben, und wir wissen, daß wir dabei Schwierigkeiten über Schwierigkeiten zu überwinden haben. Es wird uns nichts geschenkt."

2. Mai: Übernahme der Freien Gewerkschaften durch die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation. Beginn des Aufbaues einer neuen deutschen Arbeitsgemeinschaft.

10. Mai: Rede des Führers vor dem ersten Kongreß der DAF im Plenarsaal des Preußischen Staatsrats:

"Man kann keine Revolution wirklich tiefen Vorgehens machen, wenn nicht ein Volk nach einer solchen Revolution innerlich schreit, wenn nicht bestimmte Zustände nach einer solchen Revolution förmlich drängen."

17. Mai: Rede des Führers vor dem Reichstag:

"Wenn aber die anderen Staaten nicht gewillt sind, die im Friedensvertrag von Versailles auch sie verpflichtende Abrüstung durchzuführen" dann muß Deutschland zumindest auf der Forderung seiner Gleichberechtigung bestehen."

19. Mai: Gesetz über Treuhänder der Arbeit.

28. Mai: Nationalsozialistischer Sieg bei der Neuwahl des Danziger Volkstages.

1. Juni: Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit.

7. Juni: Abschluß des Viermächtepakts mit Frankreich, England und Italien.

12. Juni: Gesetz gegen den Verrat der deutschen Volkswirtschaft.

17. Juni: Ernennung Baldur von Schirachs zum Reichsjugendführer.

19. Juni: Verbot der NSDAP in Österreich.

20. Juni: Bildung einer nationalsozialistischen Regierung in Danzig.

21. Juni: Eingliederung des „Stahlhelm“ in die nationalsozialistische Bewegung.

22. Juni: Betätigungsverbot für die Sozialdemokratie.

27. Juni: Auflösung der Deutschnationalen Front.

28. Juni: Auflösung der Staatspartei.

29. Juni: Ernennung Walter Darrés zum Reichsernährungsminister.

3. Juli: Auflösung des Jungdeutschen Ordens.

4. Juli: Auflösung der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei.

5. Juli: Auflösung der Zentrums Partei.

6. Juli: Rede des Führers vor den Reichstatthaltern:

"Die Revolution ist kein permanenter Zustand, sie darf sich nicht zu einem Dauerzustand ausbilden. Man muß den freigewordenen Strom der Revolution in das sichere Bett der Evolution hinüber leiten. Die Erziehung des Menschen ist dabei das wichtigste."

14. Juli: Gesetz gegen Neubildung von Parteien. Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der

deutschen Staatsangehörigkeit. Gesetz über Neubildung deutschen Bauerntums.

27. August: Rede des Führers anlässlich der Saarkundgebung am Niederwalddenkmal:

"Wir wollen gerne mit Frankreich in allen wirtschaftlichen Dingen reden. Wir wollen gern uns mit Frankreich verständigen. In einem aber gibt es keine Verständigung: Weder kann das Reich Verzicht leisten auf Euch, noch könnt ihr Verzicht leisten auf Deutschland."

31. August - 3. September: Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg.

Wie bisher auf jedem Reichsparteitag so legt auch jetzt nach der Machtübernahme der Führer unter stürmischem Jubel Rechenschaft ab über seine Arbeit des vergangenen Jahres und gibt die Kampfparolen für das kommende Jahr bekannt. Er erhöht damit den Reichsparteitag der NSDAP zum Forum des ganzen deutschen Volkes und weist ihm einen dauernden historischen Platz an.

Proklamation des Führers am 1. September 1933:

"Unter den uns zur Lösung gestellten Aufgaben steht als wichtigste vor uns die Frage der Überwindung der Arbeitslosigkeit. Wir sehen ihre Gefahr nicht im rein materiellen."

Der Führer auf der Kulturtagung am 1. September 1933: "Weltanschauungen aber sehen in der Erreichung der politischen Macht nur die Voraussetzung für den Beginn der Erfüllung ihrer eigentlichen Mission. Schon im Worte "Weltanschauung" liegt die feierliche Proklamation des Entschlusses, allen Handlungen eine bestimmte Ausgangsauffassung und damit sichtbare Tendenz zugrunde zu legen."

Der Führer auf der Tagung der Hitler-Jugend am 2. September 1936:

"Ihr müßt die Tugenden heute üben, die Völker brauchen, wenn sie groß werden wollen. Ihr müßt treu sein, Ihr müßt mutig sein! Ihr müßt tapfer sein, und Ihr müßt untereinander eine einzige, große und herrliche Kameradschaft bilden."

Der Führer auf der Tagung der Politischen Leiter am 2. September 1933:

"Die Bewegung wird der ganzen Nation vorbildlich vorangehen, so daß wir nicht nur die Führung besitzen, weil wir die Macht haben, sondern daß wir die Macht haben, weil wir zu Recht die Führung sind."

Der Führer zur SA und SS am 3. September 1933.

"Wir wollen nichts sein für uns, sondern alles nur für unser Volk. Wir wollen nichts erringen für uns, sondern alles nur für Deutschland, den wir sind vergänglich, aber Deutschland muß leben."

Der Führer auf dem Schlufkongress am 3. September 1933. "Wir dürfen nie davor zurückscheuen, aus dieser Gemeinschaft zu entfernen, was nicht seinem inneren Wesen nach zu ihr gehört. Wir müssen daher im Laufe der Zeit die Bedingungen für die Zugehörigkeit verschärfen, nicht vermindern oder schwächen."

13. September: Begründung des Winterhilfswerkes und dadurch Grundlegung eines der

größten sozialen Werke einer Volksgemeinschaft überhaupt.

Der Führer:

"Die internationale Solidarität des Proletariats haben wir zerbrochen, dafür wollen wir aufbauen die lebendige Solidarität des deutschen Volkes."

21. September: Zweites Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit.

22. September: Reichskulturkammergesetz.

23. September: Rede des Führers anlässlich des ersten Spatenstichs zum Bau der Reichsautobahn in Frankfurt am Main:

"Wir haben den Entschluß, aufzubauen auf dem Gedanken der Achtung vor der Arbeit, ganz gleich, wie sie aussehen mag."

29. September: Reichserbhofgesetz: Unter Sicherung alter deutscher Erbsitte soll das Bauerntum als Blutquelle des deutschen Volkes erhalten bleiben.

1. Oktober: Auf dem Erntedanktag auf dem Bückeberg spricht der Führer zu den deutschen Bauern:

"Der deutsche Bauer ist für uns nicht nur ein Stand, sondern der Repräsentant der deutschen Lebenskraft und damit auch der deutschen Zukunft. Wir sehen im deutschen Bauern die Quelle der nationalen Fruchtbarkeit, die Grundlage unseres nationalen Lebens."

14. Oktober: Deutschland verläßt den Völkerbund. Sichtbarer Beginn der außenpolitischen Befreiung von den Ketten des Versailler Systems.

Der Führer:

"Wenn die Welt beschließt, daß sämtliche Waffen bis zum letzten Maschinengewehr beseitigt werden: Wir sind bereit, sofort einer solchen Konvention beizutreten. Wenn die Welt beschließt, daß bestimmte Waffen zu vernichten sind, wir sind bereit, auf sie von vornherein zu verzichten. Wenn aber die Welt bestimmte Waffen jedem Volke zubilligt, sind wir nicht bereit uns grundsätzlich als minder berechtigtes Volk davon ausschließen zu lassen."

15. Oktober: Rede des Führers anlässlich der Grundsteinlegung des Hauses der Deutschen Kunst in München:

"Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Wenn wir die Wiederaufrichtung unseres Volkes als Aufgabe unserer Zeit und unseres Lebens empfinden, sehen wir vor uns nicht nur die leidende Wirtschaft, sondern ebenso die bedrohte Kultur, nicht nur die Not des Leibes, sondern nicht weniger die Not der Seele, und wir können uns keinen Wiederaufstieg des deutschen Volkes denken, wenn nicht wieder erstehen wird auch die deutsche Kultur und vor allem die deutsche Kunst."

9. November: Ansprache des Führers bei der Enthüllung des Ehrenmals in der Feldherrnhalle:

"Wofür wir schon damals marschierten, das war das, was jetzt Wirklichkeit geworden ist."

12. November: Bei der Volksabstimmung drücken 96,3% der Regierung Adolf Hitlers ihr Vertrauen aus. Die am gleichen Tage abgehaltene Reichstagswahl bringt 92,2% der Stimmen für die NSDAP.

1. Dezember: Durch das Gesetz zu Sicherung der Einheit von Partei und Staat wird der Stellvertreter des Führers Mitglied der Reichsregierung.

12. Dezember: Eröffnung des neuen Reichstages.

1934

"Das zweite Jahr der nationalsozialistischen Revolution hat dem deutschen Volk die so lang entbehrte und so heiß ersehnte geschlossene Einheit gebracht." (Hermann Göring.)

Es wird im einzelnen gekennzeichnet durch eine weitere Festigung der NSDAP, als stärkste Stütze und sicherstes Unterpfand für die Durchführung des politischen Werkes des Führers und die Beseitigung der letzten Reste einer völkischen Zersplitterung. Hand in Hand damit gehen der systematische Aufbau einer wesensgemäßen inneren Volksordnung und die Schaffung einer einheitlichen Reichsverwaltung. Als Einzelleistung ragt die Schöpfung einer nationalsozialistischen Arbeitsordnung hervor, mit der gleichzeitig die Grundlegung einer leistungsfähigen deutschen Wirtschaft und der Beginn der Neubildung des deutschen Bauerntums anheben. Außenpolitisch wird das Jahr 1934 gekennzeichnet durch die von nun an immer wiederkehrenden Versuche des Führers, die Gleichberechtigung Deutschlands auf friedlichem Wege zu erringen.

30. Januar: Anläßlich des Jahrestages der nationalsozialistischen Revolution gibt der Führer in großangelegter Rede einen Überblick über die Voraussetzungen und Ursachen der nationalsozialistischen Revolution und umreißt die Aufgaben, die der nationalsozialistischen Staatsführung erwachsen:

"Deutschland fordert seine Gleichberechtigung. Niemand in der Welt hat das Recht einer großen Nation diese zu verweigern und niemand wird die Kraft haben, sie auf die Dauer zu verhindern."

Annahme des Gesetzes über den Neuaufbau des Reiches. Die Länderparlamente werden damit beseitigt, die Landesregierungen werden zu Reichsbehörden.

12. Februar: In Österreich bricht die marxistische Revolution aus. Der Bürgerkrieg tobt.

16. Februar: Die Festigung der Zentralgewalt des Reiches schreitet fort durch Erlass des ersten Gesetzes zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich.

17. Februar: Das Hoheitszeichen der NSDAP wird für die Wehrmacht eingeführt. -- England, Frankreich und Italien proklamieren im Dreimächteabkommen die Unabhängigkeit Österreichs und wenden sich damit gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker und einer größeren Gemeinschaft aller Deutschen in Europa.

25. Februar: Am Morgen nach dem Gründungstag der NSDAP sind im ganzen Reich die

politischen Leiter zur Verteidigung auf den Führer angetreten. Der Führer: "Wir brauchen keine außenpolitischen Erfolge, um das Volk zu gewinnen, denn das Volk gehört uns.... Wenn wir eintreten für einen wahrhaften Völkerfrieden, so können wir aber auch verlangen, daß dem deutschen Volke das nicht verweigert wird, was jedes anständige Volk zu fordern berechtigt ist. Darum sind wir ebenso fanatische Verfechter des Friedens, wie wir Verfechter der Gleichberechtigung und der Lebensrechte der deutschen Nation sind."

21. März: Der Führer eröffnet mit seiner Rede zu Reichsbahnarbeitern an der Baustelle in Unterhaching bei München die Frühjahrsoffensive der Arbeitsschlacht:

".....Der Himmel hat zu allen Zeiten nur dem geholfen, der sich selbst redlich mühte, nicht auf andere baute, sondern sein Vertrauen setzte auf die eigene Kraft.

.... Das im einzelnen bereits festgelegte Programm der Reichsregierung wird das größte Arbeitsbeschaffungsprogramm sein, das Programm einer gewaltigen Entlastung unserer Wirtschaft. Es wird aber dabei zugleich sein ein Programm der Ordnung unseres gesamten finanziellen Lebens."

7. März: Die Reichsregierung überreicht den Vertretern der fremden Mächte ein Memorandum, in dem eine allgemeine Abrüstung vorgeschlagen, jedenfalls aber die Gleichberechtigung Deutschlands gegenüber den Rüstungen der anderen Mächte im Interesse eines allgemeinen Weltfriedens gefordert wird.

28. März: Völlige Gleichschaltung der nach der nationalsozialistischen Revolution geschaffenen Nebenorganisationen mit der NSDAP.

20. April: Am Geburtstag des Führers erfolgt die Ernennung des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, zum Chef der Geheimen Staatspolizei.

24. April: Pg. Joachim von Ribbentrop, der schon bisher als politischer Beauftragter des Führers tätig gewesen war, wird zum Beauftragten für Abrüstungsfragen ernannt.

Zur Aburteilung von Hoch- und Landesverrätern wird ein Volksgerichtshof errichtet.

1. Mai: Nationalfeiertag des deutschen Volkes; der Führer spricht auf dem Tempelhofer Feld in Berlin:

"....und es ist deshalb auch unser Wille, daß an diesem Tage für alle Zukunft das ganze deutsche Volk sich auf seine Gemeinsamkeit besinnt und über alle Schwierigkeiten hinweg immer wieder erneut die Hand in innerer Erkenntnis zum gemeinsamen Bund reicht, den wir deutsche Volksgemeinschaft nennen."

14. Juni: Erstes Zusammentreffen des Führers mit dem Duce in Venedig.

30. Juni: Niederwerfung der Röhmrevolte, durch persönliches Eingreifen des Führers. Der bisherige Stabschef der SA., Ernst Röhm, der seit geraumer Zeit Politik auf eigene Faust gemacht und dabei versucht hatte, die SA. für seine eigensüchtigen Ziele zu mißbrauchen, wird, nachdem der Nachweis für seine verräterischen Umtriebe erbracht ist, mit einer Reihe

von Helfershelfern erschossen. Er hatte durch sein Verhalten das Reich und das ganze Aufbauwerk des Nationalsozialismus in schwerste Gefahr gebracht.

Viktor Lutze wird Stabschef der SA.

13. Juli: Der Führer gibt in seiner Rede vor dem Deutschen Reichstag der Öffentlichkeit Aufschluß über die Ereignisse des 30. Juni und seine Hintergründe:

"Es gibt im Staate nur einen Waffenträger, die Wehrmacht und nur einen Träger des politischen Willens: dies ist die nationalsozialistische Partei."

25. Juli: Der Versuch österreichischer Nationalsozialisten, das reichsfeindliche System Dollfuß in Deutsch-österreich zu stürzen, mißlingt.

27. Juli: Mit der Verfügung, daß die NSDAP, vertreten durch den Stellvertreter des Führers, an der Gesetzgebung zu beteiligen ist, ordnet der Führer das Verhältnis von Partei und Staat. Die Partei übernimmt weitgehend die Rechte einer Volksvertretung.

2. August: Tod des Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg. Damit gehen die bisherigen Befugnisse des Reichspräsidenten auf den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler über. Dem Wunsche des Führers entsprechend beschließt das Reichskabinett die Herbeiführung einer Volksabstimmung, um der Zusammenfassung aller Führergewalt in seiner Hand die Kraft des geeinten Volkswillens zu verleihen. - Vereidigung der Wehrmacht auf den Führer.

7. August: Feierliche Beisetzung Hindenburgs im Tannenbergdenkmal, dem der Führer mit den Worten "Toter Feldherr, gehe ein in Walhall" die sterblichen Überreste des Reichspräsidenten übergibt.

19. August: Die Volksabstimmung, bei der 89,9% aller Wählerstimmen mit "Ja" abgegeben werden, erweist, daß die durch das Gesetz vom 1. August legalisierte Vereinigung der Machtbefugnisse des Reichspräsidenten in der Person des Führers dem Willen der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes entspricht.

4.-10. September: 6. Reichsparteitag in Nürnberg. Der erste unter der unumschränkten Herrschaft des Nationalsozialismus. Er steht im Zeichen Adolf Hitlers als obersten und alleinigen Führers aller Deutschen.

Der Führer auf der Kulturtagung am 5. September 1934:

"Das kommende Reich wird die Züge des Geistes derer tragen, die es schufen und nicht jener, die es nicht erfassen und verstehen."

Der Führer zum Arbeitsdienst am 6. September 1934: "Durch Eure Schule wird die ganze Nation gehen! Die Zeit wird kommen, da kein Deutscher hineinwachsen kann in die Gemeinschaft dieses Volkes, der nicht zuerst durch Eure Gemeinschaft gegangen ist."

Der Führer vor den politischen Leitern am 7. September 1934:

"Nicht der Staat befiehlt uns, sondern wir befehlen dem Staat! Nicht der Staat hat uns geschaffen, sondern wir schaffen uns den Staat. Denn wir mögen dem einen Partei sein, dem

anderen Organisation, dem Dritten etwas anderes, in Wahrheit sind wir das deutsche Volk!"

Der Führer zur Hitler-Jugend am 8. September 1934:

"..In Euch wird Deutschland weiterleben, und wenn von uns nichts mehr übrig sein wird, dann werdet Ihr die Fahne, die wir einst aus dem Nichts hochgezogen haben in Euren Fäusten halten müssen."

Der Führer vor der SA. und SS am 9. September 1934:

"Wenn jemand sich am Geist und Sinn unserer Bewegung versündigt, wenn er sich versündigt am Geist meiner SA., dann trifft das nicht die SA., sondern nur denjenigen selbst, der es wagt, sich an ihr zu versündigen."

Der Führer auf der Schlußansprache am 10. September 1934:

"Die Partei wird für alle Zukunft die politische Führungsauslese des deutschen Volkes sein.... Sie wird in ihrer Lehre unveränderlich, in ihrer Organisation stahlhart, in ihrer Taktik schmiegsam und anpassungsfähig, in ihrem Gesamtbild aber wie ein Orden sein."

18. November: Eröffnung der Erzeugungsschlacht.

28. November: Angriffe gegen das nationalsozialistische Deutschland durch Churchill und Baldwin im englischen Unterhaus.

1935

Aufbauend auf den Ergebnissen der inneren Festigung des deutschen Volkes und seines wiedergewonnenen Vertrauens zu sich selbst kann der Führer nun in diesem Jahr den Kampf um Deutschlands Geltung im Kreis der Völker und der Welt beginnen. Er bietet den Versailler Diktatmächten die Stirn und verkündet die deutsche allgemeine Wehrpflicht. Das feste Bewußtsein geschichtlicher Sendung und das Vertrauen seines Volkes geben ihm die Kraft zu dieser gewaltigen Entscheidung, die der Nation das wirksamste Mittel für die Sicherung seiner Existenz und den damit unlöslich verbundenen Kampf gegen Versailles in die Hand legt. Der Reichstag zu Nürnberg, der während des Parteitages stattfindet, gibt diesem Jahre ebenfalls den Charakter eines bedeutsamen Marksteines der nationalsozialistischen Entwicklung. Die Grundlagen des Reichsbürgergesetzes werden verkündet, die die endgültige Ausscheidung des jüdischen Anteils aus dem deutschen Volkskörper zum Inhalt haben. Die Einfügung der NSDAP, als Hoheitsträger des Volkes in den Reichsbau und die innerpolitische Ordnung schreiten weiter fort. Auf dem Gebiet der außenpolitischen Beziehungen ergreift der Führer die Initiative zu neuer Ausrichtung und neuen Zielen. Hierbei tritt sein Wille, außenpolitischen Spannungen durch allen Teilen gerecht werdende direkte Verträge friedlich zu beseitigen, besonders im deutschenglischen Flottenabkommen zu Tage. Von der geistigen Kraft der nationalsozialistischen Bewegung werden schließlich auch die an den Grenzen wohnenden Volksdeutschen erfaßt und geben ihrem unbedingten Anschlußwillen Ausdruck: Rückkehr der Saar ins Reich, Wahlsieg in Danzig, Sudetendeutsche werden die stärkste Partei in der Tschecho-Slowakei.

3. Januar: Der Führer spricht in einer Kundgebung des Führerkorps des Reiches in der

Berliner Staatsoper, um angesichts der ausländischen Presselügen die Einheit von Partei, Staat und Wehrmacht zu dokumentieren:

"Sie sollen nicht denken, daß sie einen von uns allein vor sich haben, sondern sie müssen alle wissen, in der Verteidigung der deutschen Ehre und in der Verteidigung des Friedens und der Lebensinteressen der Nation haben sie die ganze deutsche Nation, den ganzen heutigen Staat als eine verschworene Gemeinschaft sich gegenüber."

13. Januar: Die unter der Aufsicht des Völkerbundes durchgeführte Volksabstimmung an der Saar ergibt über 90% aller Stimmen für die Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Reich.

Der Führer:

"Denn: So groß und unbedingt unsere Entschlossenheit ist, Deutschland die Gleichberechtigung zu erringen und zu sichern, so sehr sind wir gewillt, uns dann nicht jenen Aufgaben zu entziehen, die zur Herstellung einer wahrhaften Solidarität der Nationen gegenüber den heutigen Gefahren und Nöten erforderlich sind."

30. Januar: Reichsstatthaltergesetz und Deutsche Gemeindeordnung.

1. März: Auf Grund der Abstimmung vom 13. Januar erfolgt die feierliche Eingliederung des Saargebietes in das Reich. Der Führer zieht in Saarbrücken ein.

16. März: Als Antwort auf den Beschluß der französischen Regierung, unter erneutem Bruch der Abrüstungsverpflichtung des Versailler Vertrages eine Verlängerung der Militärdienstzeit einzuführen, verkündet der Führer die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland.

Der Führer:

"Was die deutsche Regierung als Wahrerin der Ehre und der Interessen der deutschen Nation wünscht, ist, das Ausmaß jener Machtmittel sicherzustellen, die nicht nur die Erhaltung der Integrität des Deutschen Reiches, sondern auch für die internationale Respektierung und Bewertung Deutschlands als ein Mitgarant des allgemeinen Friedens erforderlich sind."

17. März: Heldengedenktag mit Festakt in der Staatsoper und anschließendem Vorbeimarsch der Wehrmacht vor dem Führer.

24. März: Beginn der deutsch-englischen Besprechungen. Besuch der englischen Minister Simon und Eden beim Führer.

26. März: Im Kownoer Prozeß werden gegen 4 Memeldeutsche Todesurteile gesprochen und zahlreiche Zuchthausstrafen verhängt.

1. April. Vereinheitlichung der gesamten Reichsjustiz.

5. April: Gründung des Zweckverbandes Reichsparteitag Nürnberg unter Leitung von Reichsminister Kerrl zur Durchführung der gewaltigen Bauprojekte auf dem Gelände der Reichsparteitage.

7. April: Bei den Neuwahlen zum Senat im Freistaat Danzig erhalten die Nationalsozialisten

44 von 72 Mandaten.

9. April: Wirtschaftsvereinbarung zwischen Deutschland und Rußland.

16. April: Der Völkerbund wendet sich gegen die Maßnahmen Deutschlands zur Wiederherstellung seiner Wehrfreiheit.

20. April: Deutschland protestiert in einer Note gegen diese Entschlieflung.

19. Mai: Der Führer übergibt das erste fertige Teilstück der Reichsautobahnen (Frankfurt a. M.-Darmstadt) dem Verkehr. In der Tschecho-Slowakei wird bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus die Sudetendeutsche Partei die stärkste Partei.

21. Mai: Verkündung des Wehrgesetzes, das den Aufbau der neuen deutschen Wehrmacht, der nunmehr auch eine deutsche Luftwaffe angehört, regelt. - In einer großen Rede vor dem Reichstag rechnet der Führer mit den Völkerbundsschwätzern in Stresa und Genf ab:

"Wir aber leben in der festen Überzeugung, daß sich in unserer Zeit nicht erfüllt der Untergang des Abendlandes, sondern seine Auferstehung. Daß Deutschland zu diesem großen Werk einen unvergänglichen Beitrag liefern möge, ist unsere stolze Hoffnung und unser unerschütterlicher Glaube."

18. Juni: Auf Initiative des Führers wird zur Begrenzung uferloser Rüstungen und damit zur Sicherung des Weltfriedens das deutsch-englische Flottenabkommen geschlossen, das das Flottenverhältnis der beiden Länder auf der Basis von 35: 100 regelt.

22. Juni: Der Führer ordnet den Reichswettkampf der SA an.

26. Juni: Verkündung des Reichsarbeitsdienstgesetzes und des Luftschutzgesetzes.

30. Juli: Erlaß eines belgischen Ausbürgerungsgesetzes, das sich gegen die heimattreuen Deutschen in Eupen-Malmedy richtet.

2. August: Der Führer erklärt München zur Hauptstadt der Bewegung.

10.-16. September: Reichsparteitag der Freiheit in Nürnberg (7. Reichsparteitag der NSDAP.). Eine besondere Hervorhebung erfährt er durch die Einberufung des Reichstages nach Nürnberg, auf dem die sogenannten "Nürnberger Gesetze" verkündet werden.

Proklamation des Führers am 11. September 1935:

"Das Wertvollste ist und bleibt die Bewegung, die die Nation zu einer Einheit zusammenfaßte und ihr Wollen in einen einzigen Willen in Erscheinung treten läßt.

....Es ist ein Triumph für die Wirksamkeit des nationalsozialistischen Regimes, daß es ihm gelungen ist, einem Lande, in dem 137 Menschen auf dem Quadratkilometer leben, das keine Kolonien besitzt, dem die meisten Rohstoffe fehlen, das 15 Jahre lang bis aufs Blut ausgepreßt wurde, das sämtliche Auslandskapitalien verlor, mehr als 50 Milliarden Reparationstribute leistete, das vor dem vollkommenden Ruin seiner Wirtschaft stand, - wenn auch unter schwersten Sorgen - die Existenzmöglichkeit zu erhalten, die Arbeitslosen zu vermindern, so daß wir heute besser dastehen als manche der reichen Länder der Erde."

Der Führer auf der Kulturtagung am 11. September 1935: "Die Größe der Gegenwart wird man einst messen nach den Ewigkeitswerten, die sie hinterläßt."

Der Führer zu den politischen Leitern am 13. September 1935:

"Für mich seid Ihr die politischen Offiziere der deutschen Nation, mit mir verbunden auf Gedeih und Verderb, so wie ich mit Euch verbunden bin auf Gedeih und Verderb. Nicht einer hat Deutschland erobert, sondern alle gemeinsam haben Deutschland erobert. Einer hat Euch gewonnen und Ihr habt das deutsche Volk gewonnen! Einer hat mit seinem Willen gesiegt und Ihr habt gesiegt mit Eurem Willen.... Und daß ich Deutschland eroberte, verdanke ich diesem Instrument, das in der nationalsozialistischen Bewegung und in ihren Organisationen geschaffen wurde."

Der Führer zur Hitler-Jugend am 14. September 1935.

"Was wir von unserer deutschen Jugend wünschen, ist etwas anderes, als es die Vergangenheit gewünscht hat. In unseren Augen, da muß der deutsche Junge der Zukunft schlank und rank sein, flink wie Windhunde, zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl. Wir müssen einen neuen Menschen erziehen, auf daß unser Volk nicht an den Degenerationerscheinungen der Zeit zugrunde geht."

Der Führer auf der Schlußansprache am 16. September 1935:

Wenn es nun die Aufgabe der Partei ist, eine Organisation zu bilden, in der die politische Auslese der Nation ihre fortdauernde ewige Ergänzung findet, dann ist es ihre Pflicht dafür zu sorgen, daß der Staatsführung ein weltanschaulich stabiler Charakter verliehen wird. Sie hat daher den geschichtlichen Befehl zu erfüllen, in ihrer Organisation die Voraussetzung zu schaffen für die Stabilisierung der Führung im Staat durch die Auslese, Ausbildung und Abstellung dieser Führung. Sie muß dabei den Grundsatz vertreten, daß alle Deutschen weltanschaulich zu Nationalsozialisten zu erziehen sind, daß weiter die besten Nationalsozialisten Parteigenossen werden und daß endlich die besten Parteigenossen die Führung des Staates übernehmen!"

15. September: Reichstagssitzung in Nürnberg, auf der die "Nürnberger Gesetze" verkündet werden:

Das Flagngengesetz, das die Hakenkreuzflagge zur Reichs- und Nationalflagge erklärt;

Das Reichsbürgergesetz, das bestimmt, daß nur der Staatsangehörige deutschen und artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem deutschen Volk und Reich zu dienen, Reichsbürger sein kann, und das den Reichsbürger zum alleinigen Träger der vollen politischen Rechte erklärt;

Das "Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre", das die rassistischen Grundlagen des deutschen Volkes sichert, indem es vor allem Eheschließungen und auflerehelichen Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes verbietet.

24. September: Erlass über die Beteiligung des Stellvertreters des Führers der NSDAP bei der Ernennung von Beamten.

30. September: Bei den Memelwahlen werden 24 deutsche Abgeordnete gegenüber 5 litauischen gewählt.

18. Oktober: Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Ehegesundheitsgesetz).

8. November: Im Anschluß an die Rede des Führers im historischen Bürgerbräukeller werden die 16 Gefallenen des 9. Novembers 1923 in der Feldherrnhalle zu München aufgebahrt und am 9. November von den alten Kämpfern in feierlichem Zuge als "Ewige Wache" die Ehrentempel am Königlichen Platz überführt.

15. November: In der Jahrestagung der Reichskulturkammer verkündet Reichsminister Dr. Goebbels die Schaffung des Reichskultursenates als des repräsentativen Forums deutschen Kulturlebens.

1936

Dieses Jahr wird zum Angelpunkt der deutschen Schicksalswende. Buchstäblich auf sich allein gestellt, auf seinen Mut und die Kraft seines Glaubens an seine Sendung und hinter sich die Herzen seines Volkes stellt der Führer im Angesicht der bis an die Zähne bewaffneten Feinde die Souveränität des Reiches wieder her. Er gibt Befehl, daß die kaum im Aufbau sich befindende Wehrmacht die erste Probe ihres inneren Wertes ablegt und die auf Grund des Versailler Diktats entmilitarisierte Rheinzone wieder in ihren Schutz nimmt. Die kommende außenpolitische Konzeption zeichnet sich ab. An die Adresse Englands richtet der Führer ein großes Friedensangebot. Die Annäherung mit Italien beginnt. Das nationale Spanien erhält Deutschlands Unterstützung.

Seit langer Zeit treffen sich zur Olympiade auf dem Boden des Reiches wieder die Völker zum friedlichen Wettbewerb, der mit einer großartigen deutschen Leistung ausklingt. Das restlose Vertrauen, mit dem das deutsche Volk hinter seinem Führer steht, findet in dem Wahlergebnis vom 29. März zu einem neuen Reichstag seinen dokumentarischen Niederschlag. 98,8 % aller Deutschen geben Adolf Hitler ihre Stimme.

30. Januar: Anläßlich des dritten Jahrestages der nationalsozialistischen Revolution spricht der Führer vor den 30 000 ältesten SA-Männern aus dem ganzen Reich im Berliner Lustgarten die denkwürdigen Worte:

"Alles, was ihr seid, seid ihr durch mich, und alles was ich bin, bin ich nur durch euch allein!"

4. Februar: Der Landesgruppenleiter der Auslandsorganisation der NSDAP in der Schweiz, Pg. Wilhelm Gustloff, wird durch den Juden David Frankfurter feige ermordet.

6. Februar: Beginn der Olympischen Winterspiele in Garmisch-Partenkirchen.

7. März: *Rheinlandbefreiung*. Als Antwort auf die Ratifizierung des französisch-sowjetrussischen Beistands Paktes, der einen Bruch des Locarno Vertrages seitens der französischen Regierung bedeutet, läßt der Führer die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes durch Einheiten der deutschen Wehrmacht wiederbesetzen. Damit ist die deutsche Wehrhoheit wieder in vollem Umfang hergestellt. Reichstagsrede, in welcher der Führer

seinen Schritt begründet.

Gleichzeitig löst der Führer den Reichstag auf und bittet das deutsche Volk, ihm "die nachträgliche Zustimmung zu erteilen zu alledem, was ich in diesen Jahren an oft scheinbar eigenwilligen Entschlüssen, an harten Maßnahmen durchführen und an großen Opfern fordern mußte."

Der Führer:

"Männer, Abgeordnete des Deutschen Reichstages! In dieser geschichtlichen Stunde, da in den westlichen Provinzen des Reiches deutsche Truppen soeben ihre künftigen Friedensgarnisonen beziehen, vereinigen wir uns alle zu zwei heiligen inneren Bekenntnissen: Erstens zu dem Schwur, vor keiner Macht und vor keiner Gewalt der Wiederherstellung der Ehre unseres Volkes zurückzuweichen und lieber der schwersten Not ehrenvoll zu erliegen, als jemals vor ihr zu kapitulieren und zweitens zu dem Bekenntnis, nun erst recht für eine Verständigung der Völker Europas und insbesondere für eine Verständigung mit unseren westlichen Völkern und Nachbarn einzutreten."

19. März: Deutschland nimmt an den Verhandlungen des Völkerbundes wegen der Rheinlandbesetzung teil, bei denen eine Entschleflung des Völkerbundes gegen Deutschland zustande kommt.

28. März: In seiner Wahlrede in den Kölner Messehallen richtet der Führer erneut einen Friedensappell an die Welt:

"Wir glauben alle, daß eine neue Ordnung in Europa notwendig ist, die sich nicht aufbauen kann auf den sterilen Auffassungen einer vergreisten alten Generation. Sie kann sich nicht aufbauen auf den Spitzfindigkeiten von Juristen oder von Politikern. Endgültig aufgebaut werden kann diese europäische Ordnung nur auf den Völkern selbst."

29. März: Die Neuwahlen zum Reichstag ergeben 98,8 % für Adolf Hitler.

1. April: Botschafter von Ribbentrop überreicht der britischen Regierung den großen Friedensplan der Reichsregierung.

27. April: Hermann Göring wird zum Beauftragten für alle Devisen- und Rohstofffragen eingesetzt.

17. Juni: Reichsführer SS Heinrich Himmler wird zum Chef der Deutschen Polizei ernannt und in das Reichsinnenministerium eingebaut.

1.-16. August: Olympische Spiele 1936 in Berlin.

24. August: Durch einen Erlaß des Führers wird die zweijährige Dienstpflicht in Deutschland eingeführt.

8.-14. September: Reichsparteitag der Ehre (8. Reichsparteitag der NSDAP) in Nürnberg, an dem erstmalig der Reichsarbeitsdienst teilnimmt.

Proklamation des Führers am 9. September 1936:

"Und ich stelle dies nun heute als das neue Vierjahresprogramm auf: In vier Jahren muß Deutschland in allen jenen Stoffen vom Ausland gänzlich unabhängig sein, die irgendwie durch die deutsche Fähigkeit, durch unsere Chemie und Maschinenindustrie, sowie durch unseren Bergbau selbst beschafft werden können!"

Der Führer auf der Kulturtagung am 9. September 1936: "Dies ist ein fundamentaler Grundsatz: Es kann kein Mensch eine innere Beziehung zu einer kulturellen Leistung besitzen, die nicht in dem Wesen seiner eigenen Herkunft wurzelt."

Der Führer zur Hitler-Jugend am 12. September 1936: "Vielleicht ist das das größte Wunder unserer Zeit: Bauten entstehen, Fabriken werden gegründet, Straßen werden gezogen, Bahnhöfe errichtet, aber über all dem wächst ein neuer deutscher Mensch heran!"

Der Führer auf der DAF Tagung am 12. September "Wenn ich heute sage, daß wir in vier Jahren dieses oder jenes Problem gelöst haben werden, dann kommt mir das alles viel leichter vor, als es mir einst vorkam, als einsamer Wanderer den Weg anzutreten vom Nichts bis an die Spitze der deutschen Nation. Daher soll mir auch niemand entgegentreten mit dem Wort: "Dies geht nicht". Das kann und darf mir niemand sagen. Ich gehöre nicht zu den Männern, die sich sagen lassen: "Es geht nicht." Es muß gehen, denn Deutschland muß leben."

Der Führer vor der SA am 13. September 1936:

"Das ist das Wunder unserer Zeit, daß Ihr mich gefunden habt, daß Ihr mich gefunden habt, unter so vielen Millionen! Und daß ich Euch gefunden habe, das ist Deutschlands Glück! Mit stolzen und glücklichen Augen sehe ich auf Euch. Vier Jahre sind nun fast seit unserem Siege vergangen, allein Ihr seid geblieben was Ihr immer wart: meine alte Garde der nationalsozialistischen Revolution!"

Der Führer auf der Schlufrede am 14. September 1936:

"Wenn die Feldherren immer so mutig gewesen wären, wie es die Grenadiere zu allen Zeiten sein müssen, wären viele Schlachten nicht verloren worden. Und wenn die Politiker so glaubensstark sind wie die breite Masse eines Volkes treu ist, dann sind sie unüberwindlich als Führer ihrer Völker."

18. Oktober: Hermann Göring wird Beauftragter für den Vierjahresplan.

24. Oktober: Besuch des italienischen Außenministers Grafen Ciano auf dem Obersalzberg. Deutschland erkennt als erster Staat das italienische Kaiserreich Äthiopien an.

29. Oktober: Gesetz zur Durchführung des Vierjahresplanes. Durch den Vierjahresplan wird die Unabhängigkeit des Reiches von der Einfuhr lebenswichtiger Rohstoffe eingeleitet und sichergestellt.

14. November: Wiederherstellung der deutschen Souveränität über die deutschen Ströme, die dem Reich durch den Versailler Vertrag abgesprochen worden war.

18. November: Deutschland und Italien erkennen die spanische Nationalregierung unter General Franco als rechtmäßige spanische Regierung an.

1. Dezember: Verkündung wichtiger Gesetze, vor allem des Gesetzes der Hitlerjugend, das

die gesamte deutsche Jugend des Reichsgebietes in der Hitlerjugend bestimmt und die Stelle des „Jugendführers des Deutschen Reiches“ schafft; des Gesetzes über das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes, das das Winterhilfswerk gesetzlich verankert und mit eigener Rechtspersönlichkeit ausstattet, und des Gesetzes gegen Wirtschaftssabotage, das Todesstrafe und Vermögenseinziehung für diejenigen androht, welche der deutschen Wirtschaft durch Verschiebung von Vermögen nach dem Auslande schweren Schaden zufügen.

1937

Die bisher erreichte Stärkung des Reiches auf allen Gebieten des politischen Lebens ermöglicht es dem Führer im Jahre 1937 feierlich die Aufhebung der Kriegsschuldlüge zu verkünden. In einer groß angelegten Rede stellt der Führer der Weltöffentlichkeit die wahren Zusammenhänge dar und zieht namens des deutschen Volkes die seinerzeit von einer schwachen deutschen Regierung gegebene Unterschrift unter das Versailler Diktat zurück.

Ein zweites großes außenpolitisches Ereignis dieses Jahres stellt der Staatsbesuch des italienischen Staatschefs Mussolini sowie Italiens Beitritt zum Antikominternpakt dar. Das für die kommende Entwicklung wesentliche politische Kräfte-dreieck Berlin-Rom-Tokio tritt klarer in Erscheinung.

Durch ein deutsch-polnisches Minderheitenabkommen versucht der Führer eines der für das deutsche Volk brennendsten außenpolitischen Probleme friedlich zu lösen. Im gleichen Jahre fordert schließlich die sudetendeutsche Partei die Autonomie.

Wenn auch die außenpolitischen Ereignisse im Laufe der Zeit immer stärker in den Vordergrund rücken, so arbeitet der Führer daneben nach wie vor mit stärkster Kraft weiter an der inneren Festigung der Nation. Immer wieder lenkt er sein Augenmerk auf die Gestaltung des innerpolitischen Lebens des Volkes und treibt die Entwicklung weiter voran in Erfüllung der von ihm verkündeten politischen Thesen. Damit stärkt er bewußt auf allen Lebensgebieten die Einsatzbereitschaft und die Leistungsfähigkeit der Nation auch nach außen.

30. Januar: Der Führer verkündet in der am Jahrestag der nationalsozialistischen Erhebung stattfindenden Reichstagssitzung die Aufhebung der Kriegsschuldlüge:

"Als ich vor vier Jahren mit der Kanzlerschaft und damit mit der Führung der Nation betraut wurde, übernahm ich die bittere Pflicht, ein Volk wieder zur Ehre zurückzuführen, das 15 Jahre lang das Leben eines Aussätzigen unter den anderen Nationen zu führen gezwungen worden war. Die innere Ordnung des deutschen Volkes schuf mir die Voraussetzung zum Wiederaufbau des deutschen Heeres und aus beiden zugleich erwuchs die Möglichkeit, jene Fesseln abzustreifen, die wir als tiefstes Schandmal empfanden, das jemals einem Volk aufgebrannt worden war. Ich habe am heutigen Tage, diesen Prozeß abschließend, nur wenige Erklärungen zu geben:

Erstens: Die Wiederherstellung der deutschen Gleichberechtigung war ein ausschließlich Deutschland selbst berührender und es betreffender Vorgang. Wir haben keinem Volk dadurch etwas genommen und keinem Volk damit ein Leid zugefügt!

Zweitens: Ich verkünde Ihnen, daß ich im Sinne der Wiederherstellung der deutschen Gleichberechtigung die Deutsche Reichsbahn und die Deutsche Reichsbank ihres bisherigen

Charakters entkleiden und restlos unter die Hoheit der Regierung des Deutschen Reiches stellen werde.

Drittens: Ich erkläre hiermit, daß damit jener Teil des Versailler Vertrages seine natürliche Erledigung gefunden hat, der unserem Volke die Gleichberechtigung nahm und es zu einem minderwertigen Volke degradierte.

Viertens: Ich ziehe damit vor allem aber die deutsche Unterschrift feierlich zurück von jener damals einer schwachen Regierung wider deren besseres Wissen abgepreßten Erklärung, daß Deutschland die Schuld am Kriege besitze!"

Der Reichstag beschließt das neue Ermächtigungsgesetz, welches das Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24. März 1933 verlängert.

1. Mai: Der Führer stellt in seiner großen Rede beim Staatsakt im Berliner Lustgarten als den "primärsten Grundsatz nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik" die These auf, daß nur durch Steigerung der Erzeugung eine Besserung der Lebenshaltung des Einzelnen möglich ist, daß dagegen Lohnerhöhung ohne Vermehrung der Gebrauchsgüter eine Preissteigerung und damit eine Geldentwertung und endlich eine Wirtschaftskatastrophe herbeiführen muß.

31. Mai: Beschießung des rotspanischen Kriegshafens Almeria als Antwort auf den rotspanischen Angriff auf das Panzerschiff "Deutschland" auf der Reede von Ibiza.

23. Juni: Deutschland und Italien scheiden endgültig aus dem Londoner Kontrollsystem aus.

18. Juli: Der Führer eröffnet am Tag der Deutschen Kunst in München die große deutsche Kunstausstellung 1937:

"Ich weiß aber, daß, ganz abgesehen von diesem neuen Werk, das neue Deutsche Reich eine unerhörte Blüte der deutschen Kunst veranlassen wird, denn noch niemals sind ihr gewaltigere Aufgaben gestellt worden, als es in diesem Reiche heute der Fall ist und in der Zukunft sein wird. Und noch niemals war dabei die Bemessung der dazu nötigen Mittel großzügiger als im nationalsozialistischen Deutschland."

6.-13. September: Reichsparteitag der Arbeit (9. Reichsparteitag der NSDAP) in Nürnberg. Er erhielt sein besonderes äußeres Gesicht durch die Eröffnung der NS Kampfspiele, die Grundsteinlegung zum Deutschen Stadion sowie die erstmalige Teilnahme der Polizei.

Proklamation des Führers am 7. September 1937:

"Drei Tatsachen möchte ich heute als Abschluß eines Kapitels der deutschen Geschichte hier feststellen:

1. Der Vertrag von Versailles ist tot!
2. Deutschland ist frei!
3. Der Garant unserer Freiheit ist unsere eigene Wehrmacht!"

Der Führer auf der Kulturtagung am 7. September 1937:

"Die höchste Kunstbegabung zeichnet sich immer durch äußerste Vereinsamung aus.

Es wird daher eine wahrhaft epochale neue Kunstleistung immer nur als das Werk eines einzelnen Begnadeten, der übrigen Menschheit seherisch vorausseilenden Mannes sein und niemals das Ergebnis einer allgemeinen durchschnittlichen Kollektivleistung."

Der Führer zum Arbeitsdienst am 8. September 1937.

"Es ist für uns eine erhebende Überzeugung, zu wissen, daß bis in die feinsten Zeiten hinein, Generation um Generation das Gewehr des Friedens, den Spaten, schultern und mit ihm antreten wird zum Dienst an unserer Gemeinschaft und damit an unserem Volk. Es ist beglückend für uns, zu wissen, daß durch Euch ein neuer Garant geschaffen wurde für die ewige Stärke Deutschlands, für die Größe unseres Volkes und unseres Reiches."

Der Führer auf der Tagung der Frauenschaft am 10. September 1937:

"Die Männer werden bei uns erzogen zu einem harten Geschlecht. Die deutsche Frau kann das Bewußtsein besitzen, daß die kommenden Generationen der Männer den Frauen wirklich und wahrhaftig Schutz und Schild sein werden. Die Männer aber können die beglückende Gewißheit haben, daß die deutschen Frauen der Zukunft ihnen mehr noch als je zuvor die treuesten Gefährtinnen ihres Lebens sein werden."

Der Führer zur Hitler-Jugend am 11. September 1937:

"So wie Ihr heute vor mir steht, so wird einmal in Jahrhunderten Jahr für Jahr die junge Generation vor den dann kommenden Führern stehen. Und immer wieder wird sie das Gelöbnis ablegen zu dem Deutschland, das wir heute erstritten haben."

25.-29. September: Deutschlandbesuch des italienischen Staatschef, des Duce Benito Mussolini. Die Politik der Achse Berlin-Rom erfährt durch diesen Besuch eine bedeutsame Festigung.

28. September: Zwei-Völkerkundgebung auf dem Maifelde in Berlin. Der Führer und der Duce sprechen.

Der Führer:

"Die Kraft dieser beiden Reiche bildet heute den stärksten Garanten für die Erhaltung eines Europas, das noch eine Empfindung besitzt für seine kulturelle Mission und nicht gewillt ist, durch destruktive Elemente der Auflösung zu verfallen.... Jeder Versuch aber, eine solche Völkergemeinschaft durch gegenseitiges Auspielen, durch Verdächtigungen oder durch die Unterschiebung unwahrer Ziele auseinanderzubringen oder auflösen zu wollen, wird ebenso scheitern an dem Wunsche der 115 Millionen, die in dieser Stunde diese Kundgebung der Gemeinschaft bilden, wie aber besonders am Willen der beiden Männer, die hier vor Ihnen stehen und zu Ihnen sprechen."

13. Oktober: Auf die Erklärung der belgischen Regierung, daß sie eine Politik der Unabhängigkeit zu verfolgen gedenke und entschlossen sei, die Grenzen Belgiens gegen jeden Angriff und jeden Versuch eines Durchmarsches zu verteidigen, bestätigt Deutschland die Unverletzlichkeit Belgiens, "ausgenommen selbstverständlich den Fall, daß Belgien in einem Konflikt, in den Deutschland verwickelt ist, bei einer gegen Deutschland gerichteten

militärischen Aktion mitwirken würde". Das Reich gibt mit dieser Erklärung einen erneuten Beweis seiner Friedensbereitschaft.

18. Oktober: Konrad Henlein fordert anlässlich des Teplitz-Schönauer Zwischenfalls, bei dem tschechische Polizei schwere Ausschreitungen gegen Sudetendeutsche beging, in einem offenen Brief an den Staatspräsidenten Benesch die Verwirklichung der von seiner Partei geforderten Autonomie.

5. November: Auf Initiative des Führers kommt ein deutsch-polnisches Übereinkommen über die Behandlung der Minderheiten zustande, das vor allem eine Befriedung innerhalb des Freistaates Danzig herbeiführen soll.

6. November: Italien tritt dem deutsch-japanischen Anti-Komintern-Abkommen bei.

1938

Die geistige Kraft der nationalsozialistischen Bewegung findet immer stärkeren Widerhall bei den außerhalb der Grenzen des Reiches lebenden Deutschen und offenbart sich in immer gewaltigeren Kundgebungen für den Führer und seine Bewegung. "Ein Volk - ein Reich - ein Führer" diese Kampfparole drückt dem Jahre 1938 den Stempel auf. Die Einmaligkeit der Persönlichkeit Adolf Hitlers wird von allen Volksdeutschen erkannt und eint sie zu unaufhaltsamem Anschlusswillen. In Österreich versucht die reaktionäre, habsburg-freundliche Regierung Schuschnigg mit der Fabel vom "österreichischen Menschen" diesem Streben entgegenzuarbeiten und greift schließlich zum Mittel des Verrats. Aber vergebens!

Im gleichen Jahre gliedert der Führer auch die sudetendeutschen Gebiete dem Reiche wieder ein. Unvorstellbar erscheinen diese Erfolge und zwingen auch den letzten Zweifler in den Reihen des deutschen Volkes selbst zur Anerkennung und Bewunderung. Die vom Führer in den vergangenen fünf Jahren in unendlicher Kleinarbeit geschaffene Einheit und Vertrauensbereitschaft des Volkes, die von ihm aufgebaute deutsche Wehrmacht und nicht zuletzt sein politisches Genie haben dem deutschen Volk diesen unvergleichlichen Sieg geschenkt. Die innenpolitische Entwicklung erreicht in Bezug auf die äußerste Zusammenfassung aller Autorität ihren Höhepunkt. Der Führer übernimmt den Oberbefehl der Wehrmacht.

4. Februar: Nach dem Rücktritt des bisherigen Reichskriegsministers von Blomberg übernimmt der Führer persönlich den Oberbefehl über die Wehrmacht und bildet ein Oberkommando der Wehrmacht (OKW), zu dessen Chef er den General d. A. von Keitel ernennt. Der Oberbefehl über das Heer wird dem Generalobersten von Brauchitsch übertragen, Hermann Göring wird zum Generalfeldmarschall ernannt. Die Leitung des Auswärtigen Amtes geht an den bisherigen Botschafter von Ribbentrop über, während der bisherige Reichsaußenminister von Neurath zum Vorsitzenden des neu gebildeten Geheimen Kabinettsrates ernannt wird. Diese Neuordnung, kraft der der Führer nunmehr auch die Leitung der drei Wehrmachtsteile in seiner Hand vereinigt, erhöht die Schlagkraft des Reiches in kaum absehbaren Ausmaßen.

5. Februar: Der neue Reichswirtschaftsminister Funk übernimmt sein Amt.

12. Februar: Der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg verpflichtet sich anlässlich

seines Besuches auf dem Obersalzberg dem Führer gegenüber, den Nationalsozialisten Österreichs volle Gleichberechtigung zu gewähren. Wie wenig es ihm Ernst mit dieser Verpflichtung war, beweist die weitere Entwicklung.

20. Februar: In seiner Rede vor dem Deutschen Reichstag nimmt der Führer im Rahmen seines großen Rechenschaftsberichtes auch zur Frage des Volksdeutschtums Stellung:

"Es ist auf die Dauer für eine Weltmacht von Selbstbewußtsein unerträglich, an ihrer Seite Volksgenossen zu wissen, denen aus der Sympathie oder ihrer Verbundenheit mit dem Gesamtvolk, seinem Schicksal und seiner Weltauffassung fortgesetzt schwerstes Leid zugefügt wir!"

9. März: Schuschnigg kündigt in Innsbruck überraschend für den kommenden Sonntag eine verfassungswidrige Volksbefragung an. Er hofft durch eine Überrumpelung einen Beschluß über die Unabhängigkeit Österreichs zustande zu bringen.

11. März: Schuschnigg muß vor der in ganz Österreich aufflammenden Empörung kapitulieren und tritt zurück. Pg. Seyff-Inquart als neuer Bundeskanzler erbittet zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung die Unterstützung deutscher Truppen.

12. März: Einmarsch deutscher Truppen in Österreich. Gleichzeitig zieht der Führer unter dem Jubel der Bevölkerung in seine Heimat ein. Außerkraftsetzung des Artikels 88 des Diktates von St. Germain.

13. März: Die reichsdeutsche und die österreichische Regierung erläßt das Gesetz über die Eingliederung der Ostmark. "Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches."

14. März: Triumphaler Einzug des Führers in Wien.

15. März: Der Führer spricht in der Riesenkundgebung auf dem Heldenplatz in Wien und verkündet die großdeutsche Mission Österreichs:

"Als Führer und Kanzler der deutschen Nation und des Reiches melde ich vor der Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich."

16. März: Berlin bereitet dem Befreier der Ostmark einen jubelnden Empfang.

25. März: Der Führer hat seinerseits nunmehr eine Volksabstimmung über die Eingliederung der Ostmark angesetzt und eröffnet den Wahlkampf mit einer Kundgebung in Königsberg:

"Das deutsche Volk soll in diesen Tagen noch einmal überprüfen, was ich mit meinen Mitarbeitern in den fünf Jahren seit der ersten Wahl des Reichstages im März 1933 geleistet habe. Es wird ein geschichtlich einmaliges Ergebnis feststellen müssen."

10. April: Die Volksabstimmung Großdeutschlands ergibt über 99 % aller abgegebenen Stimmen für den Führer.

24. April: Der Führer der Sudetendeutschen stellt an die tschechisch-slowakische Regierung eine Reihe von Forderungen, vor allem die der Gleichberechtigung der deutschen Volksgruppen mit den Tschechen und des Aufbaus einer deutschen Selbstverwaltung.

2.-9. Mai: Italienreise des Führers. Durch die Garantie der Brennergrenze durch den Führer erscheint die Stabilität der Achsenpolitik auch nach außen hin gesichert.

21. Mai: Die Spannungen in der Tschecho-Slowakei haben zugenommen. Nachdem tags zuvor die Verhandlungen zwischen der Sudetendeutschen Partei und der Regierung in Prag abgebrochen worden sind, ordnet Prag mit der lügenhaften Begründung einer deutschen Mobilmachung ihrerseits eine Teilmobilmachung an.

22. Mai: Bei den Gemeindewahlen im sudetendeutschen Gebiet erhält die Sudetendeutsche Partei über 90 Prozent aller Stimmen.

26. Mai: Grundsteinlegung des Volkswagenwerkes in Fallersleben durch den Führer.

3. Juni: Protest des Reiches bei der Regierung in Prag wegen dauernder Grenzverletzungen und Schikanen durch tschechische Soldaten. Die Reichsregierung erläßt ein Gesetz über die Einziehung von Erzeugnissen entarteter Kunst.

4. Juni. Die slowakische Volkspartei erhebt die Forderung nach Autonomie.

22. Juni: Die Inangriffnahme gewaltiger Arbeitsprojekte in Deutschland und deren Durchführung hat nicht nur die Arbeitslosigkeit völlig beseitigt, sondern einen Mangel an Arbeitskräften bewirkt. Es erfolgt daher die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht für alle deutschen Männer und Frauen, um die Durchführung staatspolitisch wichtiger Aufgaben zu gewährleisten.

15. Juli: Inkrafttreten des Freundschaftsvertrages zwischen Deutschland und Mandschukuo.

3. August: Lord Runciman, der auf Beschluß der britischen Regierung als Beobachter nach der Tschecho-Slowakei entsandt wurde, nimmt seine Tätigkeit in Prag auf.

2. September: Der Führer der Sudetendeutschen Partei, Konrad Henlein, erstattet dem Führer auf dem Obersalzberg Bericht über die sudetendeutsche Frage.

5.-12. September: Reichsparteitag (10. Reichsparteitag der NSDAP) in Nürnberg. Der Führer warnt in seiner großen Rede die Kriegstreiber in Ost und West durch die Mitteilung, daß bedeutende Verstärkungen der Wehrmacht durchgeführt worden seien und daß er die Durchführung der Arbeiten an den westlichen Grenzbefestigungen, dem "Westwall", dem Generalinspektor für das deutsche Straßennwesen, Dr. Todt, und seiner Organisation übertragen habe.

In seiner Schluffrede vor dem Kongreß kündigt der Führer die Lösung der sudetendeutschen Frage an, indem er erklärt, er sei unter keinen Umständen gewillt, einer weiteren Unterdrückung der deutschen Volksgenossen in der Tschecho-Slowakei ruhig zuzusehen.

Proklamation des Führers am 6. September 1938:

"Ich trete vor Sie hin, meine alten Parteigenossen, nicht mit einem Pakt, sondern mit den sieben neuen deutschen Gauen meiner eigenen Heimat."

Der Führer auf der Kulturtagung am 6. September 1938:

"Der Nationalsozialismus ist eine kühle Wirklichkeitslehre schärfster wissenschaftlicher Erkenntnisse und ihrer gedanklichen Ausprägung."

Der Führer zu den Politischen Leitern am 9. September 1938:

"Ein Volk ist nicht mehr und auch nicht weniger als seine Führung. Unsere Führung aber soll gut sein - das wollen wir dem deutschen Volke versprechen!"

Der Führer zur Hitler-Jugend am 10. September 1938:

"Und wenn der Nationalsozialismus in seinem geschichtlichen Dasein nichts anderes erreicht haben würde als die Tage des 12. und 13. März 1938, dann hätte er damit allein bereits seine Daseinsberechtigung erwiesen für ein Jahrtausend!"

Der Führer zu den Kampfformationen am 11. September 1938:

"Die Zeit ist heute so, daß es notwendig ist, sich dessen zu erinnern, daß der Nationalsozialismus nicht durch ein vages Hoffen, sondern durch ein starkes Kämpfen zur Macht gekommen ist. Und daß er entschlossen ist, seine Stellung und die Stellung des Reiches, das er geschaffen hat, unter allen Umständen zu wahren."

Der Führer auf der Schluffansprache am 12. September 1938:

"Ich habe nicht die Forderung gestellt, daß Deutschland 3,5 Millionen Franzosen unterdrücken darf, oder die, daß uns etwa 3,5 Millionen Engländer zur Unterdrückung ausgeliefert werden, aber ich stelle die Forderung, daß die Unterdrückung der 3,5 Millionen Deutschen in der Tschecho-Slowakei aufhört und an dessen Stelle das freie Recht der Selbstbestimmung tritt."

15. September: Auf dem Obersalzberg findet eine Besprechung zwischen dem Führer und dem englischen Premierminister Chamberlain, der telegrafisch um eine Unterredung nachgesucht hat, statt.

16. September: Verbot der Sudetendeutschen Partei, durch den tschecho-slowakischen Staatspräsidenten Benesch.

17. September: Aufstellung eines sudetendeutschen Freikorps durch Henlein als Selbstschutz gegen die immer unerträglicher werdenden tschechischen Übergriffe.

18. September: Mussolini fordert in Triest das Selbstbestimmungsrecht für die Sudetendeutschen. Er läßt keinen Zweifel darüber, daß ein aus diesem Konflikt entstehender Krieg Italien an der Seite Deutschlands stehen würde.

22.-24. September: Der Führer trifft sich zum zweiten Male mit Chamberlain, diesmal in Godesberg. - General Sirovy bildet an Stelle des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Hodscha das neue tschechische Kabinett. Benesch hat am 23. die Mobilmachung der tschechischen Armee verfügt.

25. September: Prag erhält ein Memorandum des Führers, in dem die sofortige Räumung der sudetendeutschen Gebiete durch die Tschechen gefordert wird

26. September: In einer gewaltigen Kundgebung im Berliner Sportpalast setzt sich der Führer mit Benesch auseinander. Den Einschüchterungsversuchen der Demokratien setzt er seine unbeugsame Entschlossenheit entgegen und spricht die denkwürdigen Worte:

"Ich gehe meinem Volke jetzt voran als sein erster Soldat, und hinter mir - das mag die Welt wissen - marschiert jetzt ein Volk, und zwar ein anderes als das vom Jahre 1918!"

27. September: Die tschecho-slowakische Regierung lehnt in einer Note das deutsche Memorandum ab. Teilweise Mobilisierung der britischen Flotte.

29. September: Der Führer trifft in München mit Mussolini, Chamberlain und Daladier zusammen. Die dort getroffenen Abmachungen regeln die Übergabe der sudetendeutschen Gebiete an das Reich.

30. September: Der Führer und Chamberlain geben eine gemeinsame Erklärung über die Sicherung der friedlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England ab.

Die tschecho-slowakische Regierung fügt sich unter Protest den Bedingungen des Münchner Abkommens.

1.-3. Oktober. Einmarsch deutscher Truppen in die sudetendeutschen Gebietsabschnitte I-III.

3. Oktober: Der Führer spricht auf dem Marktplatz von Eger.

5. Oktober: Benesch erklärt seinen Rücktritt.

5. Oktober: Der Führer rückt mit den deutschen Truppen in den sudetendeutschen Gebietsabschnitt IV ein.

31. Oktober: Der Führer verfügt die Bildung des Reichsgaues Sudetenland sowie die Überführung der Sudetendeutschen Partei in die NSDAP.

2. November: Deutschland und Italien regeln im Wiener Schiedsspruch die tschechisch-slowakischen-ungarischen Grenzstreitigkeiten.

9. November: Der deutsche Gesandtschaftsrat in Paris, Pg. vom Rath, auf den der Jude Grünspan am 7. November ein Attentat verübt hatte, erliegt seinen Verletzungen. Das deutsche Volk macht seiner Empörung in antijüdischen Kundgebungen Luft.

12. November: Die Juden werden aus dem deutschen Wirtschaftsleben ausgeschaltet. Zugleich wird den Juden deutscher Staatsangehörigkeit als Vergeltung für den feigen Meuchelmord an dem Pg. vom Rath eine Geldbuße von einer Milliarde Reichsmark auferlegt.

3. Dezember: Der Judenbann verbietet den Juden in Berlin eine Reihe von Strafen und Plätzen. Gleichzeitig wird den Juden im ganzen Reich die Benutzung der öffentlichen Badeanlagen sowie das Führen von Kraftwagen verboten.

4. Dezember: Im Sudetenland finden die Zusatzwahlen zum deutschen Reichstag statt, die 98,9% Ja-Stimmen ergeben.

6. Dezember: Deutschland beweist aufs neue seine Friedensbereitschaft durch Abschluß eines Friedensabkommens mit Frankreich.

11. Dezember: Bei den Wahlen zum Memelländischen Landtag erhält die deutsche Gemeinschaftsliste über 87% aller Stimmen.

23. Dezember: Einführung des Pflichtjahres für die gesamte weibliche Jugend.

1939

Das Jahr 1939 bringt den Beginn der großen Bewährung, die der Nationalsozialismus geschichtlich bestehen muß, bringt den Beginn des großdeutschen Freiheitskampfes. Alle Versuche des Führers, in den zurückliegenden Jahren den Anspruch auf Leben, den das deutsche Volk den Westmächten gegenüber in seinem und im europäischen Namen geltend gemacht hat, mit friedlichen Mitteln zu lösen, scheitern. Die alte besitzende Welt will das Recht der jungen Völker nicht anerkennen. So kommt es unausweichlich zum Waffengang. Die unermüdliche, nie aufhörende Arbeit des Führers um die innere Stärkung der Nation, um die Stärkung ihrer Wehrkraft und um die Sicherstellung ihrer wirtschaftlichen Grundlagen findet ihren schönsten Lohn in der Bewährung, mit der die zur Entscheidung angetretene Nation die kriegerischen Ereignisse des Jahres meistert.

9. Januar: Der Führer weiht die neue Reichskanzlei in Berlin ein.

14. Januar: Der Führer würdigt anläßlich des Stapellaufes des Schlachtschiffes Bismarck die Bedeutung des großen Kanzlers.

24. Februar. Führerrede anläßlich des neunzehnten Jahrestages der Gründung der NSDAP - Ungarn und Mandschukuo treten der Achse Berlin-Rom bei.

11. März: Angesichts der Kriegshetze in England, das u. a. durch seinen jüdischen Kriegsminister die Verstärkung seiner Festlandtruppen ankündigen ließ, warnt Stalin auf dem Kongreß der kommunistischen Partei in Moskau vor einer Einkreisung Deutschlands.

14. März: Nach vorausgegangenen schweren innerpolitischen Erschütterungen bricht der tschecho-slowakische Staat, das künstliche Gebilde von Versailles zur Niederhaltung Deutschlands, auseinander. Die Slowakei erklärt ihre Selbständigkeit und deutsche Truppen überschreiten, um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu gewährleisten, die Grenze Böhmens und Mährens, nachdem der bisherige tschecho-slowakische Staatspräsident Dr. Hacha die Unterstützung des Führers erbeten hatte.

15. März: Der Führer nimmt das tschechische Volk unter den Schutz des Großdeutschen Reiches und trifft persönlich auf der Prager Burg ein.

16. März: Erlaß des Führers über die Bildung des Protektorats Böhmen-Mähren. Auch die Slowakei stellt sich als selbständiger Staat unter den Schutz des Reiches.

22. März: Das Memelland, das seinen rein deutschen Charakter wiederholt unter Beweis gestellt hat, kehrt heim ins Großdeutsche Reich.

23. März: Der Führer nimmt die Eingliederung des Memellandes persönlich vor. Mit Litauen wird ein Staatsvertrag bezüglich der Eingliederung des Memellandes, mit der Slowakei wird ein Schutzvertrag auf die Dauer von 25 Jahren und mit Rumänien wird ein Wirtschaftsvertrag abgeschlossen.

1. April: Der Führer spricht bei der Taufe des neuen 35 000-Tonnen-Schlachtschiffes "Tirpitz" und erklärt, daß Deutschland bei aller Entschlossenheit, niemals mehr deutsche Lebensinteressen preiszugeben, nach wie vor mit allen Kräften an der Erhaltung des Friedens arbeiten werde.

5. April: Reichsminister von Neurath tritt sein neues Amt als Reichsprotektor von Böhmen und Mähren in Prag an.

20. April: Der Führer antwortet vor dem Forum des Deutschen Reichstages auf eine Botschaft Roosevelts, welche von Deutschland eine Zusicherung verlangte, eine Reihe von Staaten nicht anzugreifen. Der Führer wiederholt, daß Deutschland an Frankreich keine territorialen Forderungen mehr habe und daß es von England nichts anderes verlange als die Rückgabe der Kolonien. Da England sich diesen gerechten Forderungen verschliefe, seien die Voraussetzungen für den seinerzeit mit England abgeschlossenen Flottenvertrag hinfällig. Ebenso erklärt der Führer das 1934 mit Pilsudski geschlossene Abkommen außer Kraft, da Polen des Führers großzügigste Angebote mit sich ständig steigenden Gewaltakten gegen Volksdeutsche beantwortet habe.

5. Mai: Der polnische Außenminister Beck lehnt die Vorschläge des Führers ab, beschimpft Deutschland und hetzt in unverantwortlicher Weise zum Krieg.

7. Mai: Deutschland schließt mit Italien ein Militärbündnis ab.

19. Mai: Als Abschluß einer mehrtägigen Besichtigung der Westwallbefestigungen dankt der Führer in einem Tagesbefehl allen denen, die an dem Bau dieser gewaltigsten Festung aller Zeiten mitgewirkt haben.

22. Mai: Mit der Unterzeichnung des deutsch-italienischen Bündnisses beginnt eine enge militärische Zusammenarbeit der beiden Länder.

27. Mai: England und Frankreich versuchen, Rußland für ihre Einkreisungspolitik gegen Deutschland zu gewinnen.

31. Mai: Eintreffen der deutschen Spanien-Freiwilligen, der "Legion Condor", in Hamburg nach ihrer Rückkehr aus Spanien.

3. Juni: Anläßlich des Reichskriegertages in Kassel warnt der Führer die westlichen Demokratien vor einer Fortsetzung ihrer Einkreisungspolitik, indem er auf die Entschlossenheit einer deutschen Abwehr hinweist.

6. Juni: Der Führer nimmt in Berlin die Parade über die "Legion Condor" ab.

11. Juni: Polen kündigt eine Reihe weiterer Unterdrückungsmaßnahmen gegen Danzig an.

9. Juli: Kundgebungen in Danzig gegen die fortgesetzten Versuche der Polen, sich in die Angelegenheiten der deutschen Stadt Danzig einzumischen.

11. Juli: Gründung des "Begabtenförderungswerkes des Deutschen Volkes" unter der Schirmherrschaft von Hermann Göring.

16. Juli: Der Führer eröffnet am "Tag der deutschen Kunst" die größte deutsche Kunstausstellung in München.

17. Juli: Am Jahrestag der Schlacht von Tannenberg 1410 ergehen sich die Polen in überheblichen politischen und militärischen Prophezeiungen.

20. Juli: Der polnische Marschall Rydz-Smigly erklärt angesichts der immer lauter werdenden Danziger Forderung nach Rückkehr ins Reich, und aufgestachelt von den englischen Beistandsversicherungen, Polen werde um Danzig bis zum Letzten kämpfen.

24. Juli: Die polnischen Ausschreitungen auf Danziger Boden weiten sich zu planmäßigen Feuerüberfällen polnischer Banden aus.

3. August: Nachdem tags zuvor Moskau die englischen Meldungen über den Stand der englisch-russischen Verhandlungen schärfstens dementiert hat, verläßt der englische Unterhändler unverrichteter Dinge die russische Hauptstadt.

7. August: Die polnische Presse kündigt die Zerstörung Danzigs durch polnische Geschütze an.

10. August: Danzigs Gauleiter Forster erklärt in einer Riesenkundgebung, daß Danzig bereit und entschlossen sei, jeden Angriff auf sein Gebiet abzuwehren.

19. August: Die Grausamkeiten der Polen gegen Volksdeutsche werden immer unerträglicher; gleichzeitig versucht man deren Flucht über die Grenzen mit aller Brutalität zu verhindern.

21. August: Bekanntgabe über den bevorstehenden Abschluß eines deutsch-russischen Paktes.

22. August: Fortschreitende polnische Mobilisation. Die polnische Presse überschlägt sich in chauvinistischen Forderungen nach der Oder-, ja sogar nach der Elbegrenze! In Zoppot bei Danzig eröffnet Reichsminister Dr. Frank die Osttagung deutscher Rechtswahrer.

23. August: Reichsaußenminister von Ribbentrop unterzeichnet in Moskau den deutsch-russischen Nichtangriffspakt auf die Dauer von 10 Jahren. - England erklärt, im Falle einer deutsch-polnischen Auseinandersetzung seine Bündnispflicht gegenüber Polen zu erfüllen.

25. August: Polen setzt seine Kriegsvorbereitungen fort, steigert seine Überfälle und Grausamkeiten gegenüber den Volksdeutschen und beschießt deutsche Flugzeuge über Danziger Boden. Der Abschluß eines englisch-polnischen Beistandsabkommens stärkt ihm dabei erneut den Rücken. In einer Botschaft an den französischen Ministerpräsidenten Daladier stellt der Führer noch einmal das deutsch-französische Verhältnis klar. Gleichzeitig macht der Führer an England großzügige Vorschläge zur Erhaltung des Friedens.

27. August: Der Führer antwortet auf ein Schreiben Daladiers, in dem dieser die Partei Polens ergreift. Der Führer betont erneut, daß es ihm mit seinem Verzicht auf jede Forderung gegenüber Frankreich Ernst gewesen sei, daß dieser aber nicht aufgefaßt werden dürfe "als eine auch auf allen Gebieten geltende Akzeptierung des Versailler Diktates". Der Führer

unterstreicht wiederum, daß Polen durch sein Verhalten selbst jede vernünftige Lösung unmöglich gemacht habe, und erklärt, "daß es für eine Nation von Ehre unmöglich ist, auf fast zwei Millionen Menschen zu verzichten und sie an ihren eigenen Grenzen mißhandelt zu sehen."

28. August: England lehnt es in einem Memorandum ab, die Frage der deutsch-englischen Beziehungen von der polnischen Frage zu trennen. Es behauptet der Wahrheit zuwider, daß Polen mit der Einleitung direkter Verhandlungen seitens Deutschlands einverstanden sei.

29. August: Der Führer weist auf die kritische Lage hin, die keine weitere Verschleppung dulde, erklärt sich aber trotzdem bereit, am folgenden Tage einem bevollmächtigten polnischen Vertreter sowie der britischen Regierung entsprechende Vorschläge zur Verfügung zu stellen.

30. August: Statt einen bevollmächtigten Vertreter zu entsenden, ordnet Polen die Gesamtmobilmachung an. Erlaß des Führers über die Bildung des Ministerrates für die Reichsverteidigung. Übergabe der für den polnischen Bevollmächtigten bestimmt gewesenen deutschen Vorschläge an den britischen Botschafter. Der Vorschlag beinhaltet im wesentlichen die Rückkehr der Freien Stadt Danzig ins Deutsche Reich sowie eine Volksabstimmung über das künftige Schicksal des Korridors.

1. September: Da die großzügigen Vorschläge sowohl von Polen als auch von England ignoriert werden, andererseits sich die polnischen Greueltaten in erschreckendem Maße häufen, verkündet der Führer im Großdeutschen Reichstag den Beginn der Kampfhandlungen gegen die polnischen Angreifer.

Der Großdeutsche Freiheitskampf nimmt seinen Anfang! Die Ausmaße des mit dem Jahre 1939 anhebenden Kampfes um die Entscheidung und die siegreiche Behauptung des deutschen Lebensanspruches um die Wiedergewinnung der Herrlichkeit des Reiches erfüllen unsere ganze Gegenwart. Aus dem Großdeutschen Freiheitskampf ist ein Kampf um die Neuordnung Europas geworden und der europäische Kampf hat bereits weltpolitische Formen angenommen.

An seinem Ende wird das Reich Adolf Hitlers stehen und die Befriedung Europas. So hat sich aus dem "Werden einer Volksbewegung" unter Führung Adolf Hitlers die Einheit und die Größe der deutschen Nation erhoben, die das sichere Unterpfand des kommenden Friedens sein wird.